

Sozialdemokrat

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Freitag, 3. November 1922.

Nr. 258.

Außerparlamentarische Kampfmittel.

Seit ihren Tagungen von Troppan und Gablonz haben die Deutschnationalen und Deutschgelben die „Verlegung des Kampfes außerhalb des Parlamentes“ zu ihrem neuen Schlagwort erhoben. In seiner Erklärung zu den Regierungsergebnissen sagte denn auch Dr. Lodgman: „Wir versprechen uns daher nichts mehr von unserer Arbeit im Parlamente . . . sondern vom geschlossenen Widerstand der Unterdrückten.“ Dr. Lodgman steht mit seiner Parlamentsmüdigkeit nicht allein da. In ganz ähnlicher Weise äußerte sich am Sonntag Herr Serrg, der Führer der Deutschnationalen im Reich, indem er auf dem Tage seiner Partei das Bekenntnis zu außerparlamentarischen Mitteln des politischen Kampfes der höchsten Zeit ablegte. Aus dem gleichen Geiste heraus hat auch Mussolini auf der Faschisten-tagung in Neapel den Parlamentarismus, das „Mittelzeug der Demokratie“ als „Spielzeug“ verspottet und die organisierte Gewalt als einziges Mittel des Erfolges gepriesen. Dem schönen Reigen haben sich auch die tschechischen Chauvinisten angeschlossen, deren „Narodni Listy“ den Sieg Mussolinis begrüßen und mit der Erwägung schließen, daß die politischen Theorien Abstraktionen des Lebens sind und daß die Doktrinen, auf denen sie begründet sind, schließlich dem Leben weichen, das oft seines Weges geht, ohne Rücksicht auf sie. In der durch Fremdworte etwas verschleierte Form dieser Herzenergieung wird man un schwer auch hier den Wunsch nach Anwendung „außerparlamentarischer Kampfmittel“ herausfinden können. Wie innig sich doch die Nationalisten aller Länder im Geiste miteinander verbunden fühlen! Es ist die gleiche Abneigung gegen den Parlamentarismus und damit gegen die Demokratie, der gleiche Glaube an die Mittel der Gewalt, der aus ihnen spricht!

In dem Wunsche des Herrn Dr. Lodgman nach Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel drückt sich mancherlei aus. Vor allem die Unfähigkeit der Deutschnationalen, den Parlamentarismus und noch mehr den ihnen unvertrauten Boden der Demokratie wirksam auszunützen. Ihre „Parlamentsmüdigkeit“ stammt zum nicht geringen Teile daher, daß ihnen ihre sinnlos überspannte und konfuse Kraftmeiereipolitik reichlich Niederlagen und Misserfolge bereitet hat und sie sich nun vom Parlamentarismus verärgert abwenden. Es ist nur erstaunlich, daß sich die Herren einbilden, ihre Politik der Verärgerung und des verdorbenen Ragens würde auch die anderen deutschen Parteien „mitreißen“, obwohl sich sogar in den eigenen Reihen der Kampfgemeinschaft Stimmen, wie die des Abgeordneten Weidinger und des Senators Kesser, gegen diese Bankrotteurpolitik erhoben haben. Die Ungebild und Verrosttheit, die sich der Lodgmanleute bemächtigt hat, rührt weiters daher, daß sie sich den durch den Ausfall des Krieges geschaffenen veränderten Verhältnissen nicht anzupassen und in die Rolle der parlamentarischen Opposition nicht hineinzu finden vermögen. Wie alle Lehren des Krieges und des Umsturzes spurlos an ihnen vorübergegangen sind, so ist auch darin ihr Wesen daselbe geblieben, wie in der Kriegs- und Vorkriegszeit, da sie die nationalistischen Einseitiger und Antreiber des deutschen Bürgerkriegs, der herrschenden Klasse im alten Oesterreich, spielen konnten. Daß diese Zeit ihres Herrenmenschenums gegenüber den anderen Nationen endgültig vorüber ist und daß es nun heißt, zähe und unermüdblich für das Recht des nicht ohne ihre Mitschuld vernehteten deutschen Volkes zu ringen, darin vermögen sich die ehemaligen und sich ewig gleich gebliebenen Jünger A. S. Wolfs nicht zu fügen.

Weil sich die Verhältnisse im Staate nicht rasch genug ändern wollen, sind sie auf das Parlament hös und wollen vom Parlament „nichts mehr erwarten“. Man könnte das als die Art kleiner Kinder bezeichnen, die sich etwa an einem Tische wundgestoßen haben und nun dem bösen Tische und nicht ihrer eigenen Un-

Deutschlands wirtschaftliche Not.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission, deren Antwort heute erwartet wird.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Die bisherigen Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung trugen lediglich informativen Charakter. Der Reichshaushalt für 1922 und der Voranschlag für 1923 sind nachgeprüft worden. Reichsfinanzminister Fiermes hielt einen Vortrag über die Stabilisierung der Mark; er macht den bereits bekannten Vorschlag der Regierung, im Auslande eine größere Goldanleihe aufzunehmen. Die Reparationskommission hat die Darlegungen der deutschen Vertreter vorläufig zur Kenntnis genommen. Man erwartet, daß morgen acht Uhr die Antwort erfolgt. Einige hervorragende Forscher und Vorleser klinischer und naturwissenschaftlicher Institute sind eingeladen worden, morgen vor der Reparationskommission Auskunft über die Notlage der wissenschaftlichen Einrichtungen Deutschlands zu geben. In der Freitagssitzung sollen die Vertreter der deutschen Regierung ihre Vorschläge schriftlich fixiert vorlegen, und zwar sollen sie sich auf drei Punkte beziehen:

1. Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark.
2. Die Behebung der Schwerebeschwerden.
3. Der Ausgleich des Staatshaushalts.

Die endgültige Feststellung dieser Vorschläge soll in der Kabinettsitzung am Freitag erfolgen. Es wird ihnen eine ausführliche Begründung beigegeben werden. Nach den bisherigen Schätzungen hervorragender Sachverständiger bedarf Deutschland mindestens einer Anleihe von 500 Millionen Goldmark. Die Sozialdemokratie wird darüber hinaus fordern, daß die Reichsregierung auch im Inlande alle Maßnahmen durchführt, die von unserer Partei zur Stabilisierung der Mark gefordert werden.

Der Reichsfinanzminister empfing die auswärtigen Sachverständigen, die über die Stabilisierung der Mark beraten sollen. Die Reichsregierung ersucht sie um ein Gutachten über folgende drei Punkte:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
2. Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?
3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind?

Die Arbeitslosigkeit in Hamburg.

Berlin, 2. November (Eigenbericht). Der Hamburger Hauptauschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsverbandes warnt die Arbeiter vor Zuzügen nach Groß-Hamburg, wo die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag steigt, schlechte Beschäftigungsmöglichkeiten und Mangel an Unterkunftsgelegenheiten herrsche. Die Arbeiter seien der schlimmsten Ausbeutung ausgesetzt. Die Gewerkschaften betonen darauf, daß bei den staatl-

ichen Notstandsarbeiten nur staatsanständige Arbeitnehmer verwendet werden.

Um 30 Milliarden Mark englische Steinkohlen.

Berlin, 2. November (Eigenbericht). Das ungeheure Kohlendefizit hat die Verwaltung der Reichsbank genötigt, Steinkohlen im Betrage von 30 Milliarden Mark in England zu kaufen.

Vor einem Rechtsputz in Bayern?

Berlin, 2. November (Eigenbericht). Die „Münchener Post“ richtet eine Aufforderung an die Arbeiterschaft, sich nicht durch rechtsradikale Umtriebe beirren zu lassen. Das Blatt hebt hervor,

daß von den Rechtsradikalen ein Putz nach dem Muster des Faschistenstaatsreiches für den 11. November geplant sei.

geschicklichkeit großen, wenn man nicht wüßte, daß noch ein anderes dahinter steckt. „Außerhalb des Parlamentes“, das heißt außerhalb der Demokratie und der Gesetzmäßigkeit, darauf war doch seit jeher das Wirken der Deutschnationalen eingestellt. Die Begeisterung für die Demokratie, die sie eine Zeitlang nach dem Umsturz zu zeigen sich bemüht fühlten, sah ihnen auch damals nur haunttief, war ihnen stets nur durch den Zwang der Verhältnisse aufgedrängtes Lippenbekenntnis. Seitdem hat ihr Nationalsozialismus längst wieder die ihnen unbequeme Liebe zur Demokratie abgeschüttelt und bedient sich eifrig der Terminologie der Kommunisten, die das Parlament als „Schwarzbude“, die Demokratie als wirkungsloses Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele bezeichnet. Die Demokratie war den Deutschnationalen immer nur ein unbequemes Kleid, das sie abzuwerfen suchten. Darum waren sie in Oesterreich die glühendsten Verehrer des § 14, die eifrigsten Befürworter der Ausschaltung des Parlamentes, die verlässlichsten Stützen des Absolutismus des Grafen Stürgkh, dem sie bis heute eine wehmütvolle Erinnerung bewahrt haben. Jetzt schreiben sie wieder: Kampf außerhalb des Parlamentes, hinter welchem Kriegsruf sich nicht bloß die Absicht der Durchsetzung bestimmter Forderungen verbirgt. Wären sie dadurch imstande, ihre Ziele zu erreichen, sie würden gewiß nicht ermangeln, die Ausschaltung der Demokratie zur dauernden Einrich-

tung zu machen und sie ebenso zur Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft verwenden, wie sie ihr jetzt den Schein des Notwehrrechtes zu verfeihen suchen, indem sie vorgeben, gegen das herrschende Unrecht nicht anders kämpfen zu können, als mit den Waffen der Gewalt. Dabei berufen sie sich auf die Mißachtung der demokratischen Gebote durch die tschechischen Machthaber, deren radikalste Elemente hinwiederum wieder neue Kraft aus den romantischen Versteigerungen ihrer nationalen Gegenspieler schöpfen.

So stärkt das Unrecht, das die Hebernationalen des einen Volkes verüben, stets wieder nur die Hebernationalen des anderen. Stets glauben die einen unter Verhüllung auf die Verlegung der Demokratie durch die anderen im Rechte zu sein, wenn sie dieselben und womöglich noch schärfere Mittel der Gegenwehr in Anwendung bringen. Daß beide Völker unter dem gewissenlos entfachten Hass leiden, sieht die Extremen auf beiden Seiten wenig an. Wenn Dr. Lodgman den Hochverrat als „Pflicht jedes deutschen Abgeordneten“ erklärt, so liegt darin nicht nur eine Annäherung, im Namen der deutschen Abgeordneten zu sprechen, sondern vor allem eine frivole Leichtfertigkeit dieses durch persönliche Verstimnungen und durch den Kampf um die Führerschaft in seiner Partei aus dem Geleise geratenen Politikers, der heute keinen höheren Ehrgeiz kennt, als es dem an dieser Art von Politik schmählich

Von Tuzar bis Svehla.

Als die tschechoslowakische Republik geschaffen wurde, da war es der ehrliche Glaube der Masse der tschechischen Arbeiterschaft, daß die Republik eine sozialistische sein werde, in der der Wille der Regierenden darauf gerichtet sein werde, ein Gemeinwesen einzurichten, in dem das Wohl der breiten Massen der Bevölkerung das höchste Gesetz sei. Am 14. Oktober 1918, vierzehn Tage vor Errichtung der tschechoslowakischen Republik demonstrierten in Prag die sozialistischen Arbeiter und der Erfolg dieser gewaltigen Demonstration war, daß am 28. Oktober 1918 die bürgerlichen tschechischen Politiker mit Herrn Kramarsch an der Spitze es nicht wagten, den Traum von einem tschechischen König aus russischem oder englischem Gebiet, der am Hadrschin residieren sollte, zu verwirklichen. Die naturwüchsige Kraft des tschechischen Sozialismus kam in allen Entschlieungen der regierenden Staatsmänner unmittelbar nach der Schaffung der tschechoslowakischen Republik zum Ausdruck, das Staatsoberhaupt selbst wurde als Sozialist gefeiert.

Welcher Wandel sich da vollzogen hat, wie der Einfluß der tschechischen Arbeiterklasse in allen Regierungen seit Bestehen dieses Staates nachgelassen hat, zeigt ein Vergleich der Regierungserklärungen der jeweils antretenden Ministerpräsidenten. Die Regierung Kramarsch kommt hier nicht in Betracht, weil sie eine Revolutionsregierung war, in der die Machtverhältnisse der Klassen nicht so zum Ausdruck kamen, wie sie in der Wirklichkeit bestanden, gehörte doch der Ministerpräsident selbst einer, wenn auch einflußreichen, so doch ahlenmäßig kleinen Partei an. Das erste Ministerium, das unter dem Einfluß der politischen Willensänderung der Bevölkerung gebildet wurde, war das Ministerium Tuzar, das nach den erfolgten Gemeindevahlen des Jahres 1919 gebildet war. In seiner Antrittsrede erklärte der neue Ministerpräsident am 10. Juli: „Die gesamte Tendenz der Zeit zielt auf eine Neuordnung der Produktionsordnung hin. Den Arbeitern müsse die Möglichkeit geschaffen werden, über ihre Stellung mitzuentcheiden, damit sie nicht des Anteils an dem Ertrage ihrer Arbeit verlustig werden.“ Besonders aktuell war die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und Tuzar kündigte an, daß diese unmittelbar bevorstehe: „Nach der Beendigung der Kohlenenquete wird man zur gemeinschaftlichen Beherrschung der Kohlen- und Erzgewinnung schreiten können.“ Ein Maßstab für den Einfluß der tschechischen Arbeiterschaft in jeder Regierung ist, wie wir gleich sehen werden, auch die Stellung der jeweiligen Regierung zur nationalen Frage. Die Lösung dieser Frage stellte Tuzar in Aussicht, indem er von der „Bildung der gesetzlichen Bedingungen für das Zusammenleben und Zusammenwirken mit den nationalen Minderheiten“ sprach und rühmend hervorhob, daß die alten Traditionen des tschechischen Volkes und der Geist der Demokratie diese Aufgabe erleichtern würden.

zugrunde gegangenen A. S. Wolf gleichzutun. Wenn man sieht, mit welchem Heißhunger sich die tschechischen Nationalisten auf das Futter stürzen, das ihnen durch derartige verantwortungslose Äußerungen bereitet wird, dann erkennt man, welche und welchen Zwecke die Lodgman und Jungas am wirkungsvollsten fördern. Schon ertönt durch den tschechischen nationalistischen Blätterwald der Ruf, es dürfe den Deutschen kein Entgegenkommen gezeigt werden, eine nationale Verteidigung sei ausgeschlossen, denn mit Hochverrätern könne man nicht verhandeln, es sei vielmehr an der Zeit, gleichfalls „außerparlamentarische Mittel“ zu ihrer restlosen Anebenung anzuwenden, wobei die Blätter gerne die Tatsache übersehen, daß Lodgman nicht im Namen der deutschen Bevölkerung, wenigstens nicht in jenem ihres überwiegend größeren Teiles, seine Redemonstrationen vorträgt.

Seitdem des Herrn Lodgman's „neue Kampfsmethode“ neue, schwere Gefahren über die deutsche Bevölkerung zu bringen droht, ist auch im deutschbürgerlichen Lager ein erfreuliches Abrücken von ihm und seinen Hebernationalen wahrzunehmen. Noch weniger darf er sich einbilden, die deutsche Arbeiterschaft einzufangen, die allen seinen Kampsparolen wie der drohenden nationalen Verfehlung und allen Widrigkeiten zum Trotz, den Weg des Rechtes und der Demokratie weitergehen wird.

Womöglich noch entschiedener klangen die Worte Tuzars in der Regierungserklärung, die er — nach dem großen Wahlsieg der tschechischen Sozialdemokratie — am 1. Juli 1920 im Parlament abgab. Er sagte da: „Aber auch die industrielle Produktion muß eine neue Ordnung beginnen. Der Sozialismus bietet hier neue Bahnen der Entwicklung, die nicht mehr Utopien sind, sondern verwirklicht werden müssen. Unserer Meinung nach ist die Zeit gekommen, in der ein Anfang gemacht werden muß, in der die Inangriffnahme der Sozialisierung des Kohlen- und Erzbergbaues aktuell geworden ist. Der Arbeiter muß die Möglichkeit erlangen, über seine Stellung mitzuentfcheiden und vom Anteil am Gewinn seiner Arbeit nicht ausgeschlossen zu sein.“ Ebenso behandelte Tuzar die nationale Frage als der Lösung dringend bedürftig.

Die Regierung Cerny, die im Herbst 1920 ihr Amt antrat, wolle wir übergehen, da sie eine Beamtenregierung war, in der die tschechische Arbeiterklasse keine Vertretung hatte, und führen gleich die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Beneš an, die dieser in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Oktober 1921 abgab. Ueber den Sozialismus sagte er da — obwohl er sich selbst als Sozialist bezeichnet — folgende mehr als schwammigen Worte: „Die Regierung wird daneben auch emsig auf dem Gebiete der sozialen und sozialisierenden (? d. Red.) Gesetzgebung auf Grundlage der bereits eingereichten Arbeiten schaffen und sorgen.“ Anstelle der ein neues Zeitalter ankündigenden Worte Tuzars also eine beruhigende Pille für die tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter, ein paar harmlose Worte, statt auch nur einer mutigen Andeutung einer Tat, von der Tat selbst gar nicht zu reden. Die nationale Frage erwähnte Beneš im Zusammenhang — mit der Volkszählung. Er sagte, daß die Lösung des nationalen Problems nunmehr auf einer gerechten Grundlage möglich sein wird! Das war alles.

Den tiefsten Punkt der bisherigen Entwicklung erreichten wir mit der Amtserklärung des Ministerpräsidenten Svehla am 24. Oktober dieses Jahres. Da hörte man Worte, die vordem in einer Regierungserklärung nicht gestanden waren. Die Autorität des Staates müsse „unter allen Umständen“ gewahrt werden, die Wehrmacht müsse aufgebaut werden und von der Sozialisierung der Bergwerke — eine Phrase, der man beinahe die Frons anmerkt, mit der sie der Agrarier als Regierungschef ausspricht: „Die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke und Naturerbschaft wird auch weiterhin Gegenstand eines eifrigen Studiums der Regierung sein.“ Während also die früheren Regierungen erklärten, in der Umbildung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische etwas tun zu wollen, und wenigstens von ihrem guten Willen sprachen, will Svehla nur noch studieren. Selbstverständlich! Der Agrarier will den Sozialismus studieren, verteidigen will er ihn nicht. Von der nationalen Frage sprach Svehla als erster Ministerpräsident überhaupt nichts. Die nationale Koalition ist schon so weit gekommen, daß für sie dieses wichtige soziale Problem überhaupt nicht mehr existiert.

Die tschechischen Arbeiter mögen nur dessen eingedenk sein, was sie von der tschechoslowakischen Republik erwarteten und was ihnen fast am vierjährigen Geburtstag dieser Republik der Ministerpräsident ihres Staates und der Vorgesetzte einer Regierung, in der die tschechischen Sozialisten mitvertreten sind und für die sie also die volle Verantwortung mittragen, zu sagen hatte. Der Anstieg kann nicht deutlicher gemacht werden, als durch den Vergleich dieser Regierungserklärungen.

Die Nationalratswahlen in der Schweiz.

Bedeutender Mandatserfolg der Sozialdemokraten.

Bern, 1. November. (Schweiz. Dep.-Ag.) Das Ergebnis der Nationalratswahlen ist folgendes: Von den 198 Sitzen des neuen Nationalrates (bisher 189) erhielten die Radikalen 59 (53), die katholisch-konservativen 44 (41), die Sozialdemokraten 43 (38), die Bauern- und Bürgerpartei 35 (31), die liberal-demokratische Gruppe 10 (9), die sozialpolitische Gruppe der Grütliauer 3 (6), die Parteiloseren 2 (2) und die Kommunisten 2 (3).

Nach einem Wahlkampf, der im allgemeinen geringere Beteiligung aufwies als jener vor drei Jahren, hat sich der Schweizer Nationalrat in dem am verflochtenen Sonntag vorgenommenen Wahlen in einer Zusammensetzung konstituiert, die von der bisherigen nicht allzugroß abweicht, nur die Scheidung der betont-bürgerlichen und der betont-proletarischen Parteien erfolgte in schärferen Linien. Die katholisch-konservativen und die Bauern- und Bürgerpartei vermehrten ihren Besitzstand, die freisinnigen Demokraten hingegen verloren ein Mandat und die sozialistischen, doch in ihrem Sozialismus unklaren und verschwommenen Grütliauer gar deren drei. Diese Tatsache und der Verlust der Kommunisten, die von ihren letzten drei Mandaten noch eines einbüßten, läßt schreie und für die Sozialdemokraten sehr erfreuliche Schlüsse zu. Denn die vier Vertreter gingen dem Proletariat nicht verloren, sondern sie finden Ersatz in dem Zuwachs der Sozialdemokraten. Das aber bedeutet, daß die Arbeiterklasse den Bruderkrieg überfast bekommen hat und mit festem Willen jener Partei zustrebt, die einzig und allein als Kristallisationskern aller proletarischen Klassenkampfbestrebungen dienen kann, der Sozialdemokratie. Phrase, hohles Pathos und Reklame, welche die Kommunisten strapellos und reichlich verwenden, um einen Erfolg zu erzielen, haben nichts gefruchtet, die Partei der ernsthaft und nicht der agitatorisch gemeinten Einheitsfront hat sich ihnen dank ihrer sachlichen Leistungen turnhoch überlegen gezeigt. Die Sympathien, die der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen das Zuchtstaugesetz Häberlins und für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages zugeflossen sind, brüden sich in den 43 Mandaten — das sind 22 Prozent der gesamten Volksvertretung! — aus und der Erfolg wäre noch weit größer geworden, wenn sich der gesamte Kampf der Arbeiterklasse gegen das Bürgertum hätte wenden können, statt sich auf die Abwehr der unklaren „Sozialpolitiker“ (Grütliauer) und der überradikalen Moskauer Zersplitterer zu müssen. Diese beiden Schädiger einer einheitlichen proletarischen Bewegung sind nun in der Schweiz vollständig niedergedrungen, ihr Mißerfolg wird auch die letzten Reste ihres Heerlannes ins einheitliche Lager abschwanken lassen. Bei der nächsten Wahlkampagne, steht zu hoffen, wird es wieder in geschlossener Front gegen den eigentlichen Feind, die Bourgeoisie, gehen und dann erst wird die Arbeiterklasse der Schweiz zeigen können, wie stark sie eigentlich ist und wie sehr ihr die Zukunft gehört.

Das zweite Buchlein ist eine Sammlung von Aufsätzen Raphael Seeligmann über russische Probleme, die einstmals in den Sozialistischen Monatsheften erschienen sind und jetzt in Buchform im Verlag von Laub u. Co. Berlin unter dem Titel „Zur Psyche des russischen Volkes“ herauskamen.

Das Buch von Kober bringt viel historisches Material, Anekdoten und einige Beobachtungen, wie man sie eben nur in Rußland machen kann. Aber dadurch lernt man noch nicht Rußland kennen. Der Verfasser hat alle schlechten Eigenschaften eines Allsteinschmucks und Literaten und das wenige, was er gesehen hat, trägt er so vor, daß man dabei durch seinen vordringlichen Intellektualismus gestört wird. In politischen Dingen, geschweige denn im Urteil, ist er von einer Unwissenheit, daß man wieder einmal schallungslos ist über die Art, wie unsere großen Zeitungen arbeiten. Solche Leute, die keine Ahnung von den Dingen haben, aber auch nicht die Kraft, naiv zu sehen und zu schreiben, werden ins Ausland geschickt! Man kann nur zur Ehre der Zeitung annehmen, daß sie die Berichte nicht wegen einer unbedeutenden Wahrscheinlichkeit sondern wegen ihrer Wichtigkeit abgelehnt hat. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, da der Verlag ganz zu Unrecht dem Buch eine Märtyrergloriose zu geben versucht und dabei auch an die Sozialisten appelliert.

Kober läßt uns allerdings eine Wahrheit ahnen: daß aus Rußland etwas Neues kommen wird, daß etwas Neues im Werden ist. Nicht infolge bestimmter Leistungen des Bolschewismus, die ja auf keinem Gebiete vorliegen, sondern weil die russische Menschheit durch die unerbittliche Not, durch die Gewalt des Hungers zusehends verändert worden ist. Diese Leiden haben den russischen Menschen noch fester an sozialistische Ideen gebunden, denn sozialistisch war ja dieser russische Mensch von je, selbst wenn er Kapitalist oder Großgrundbesitzer war.

Inland.

Enttüllungen über unsere Partei.

Wir sind schon lange nicht so trefflich und aufschlußreich über das innerste Wesen unserer Partei und über unsere Stellung zum Nationalitätenproblem belehrt worden wie gestern durch den Leitartikel des „Prager Tagblatt“. Daß wir so ausschauen und so denken, haben wir bis zu dem denkwürdigen gestrigen Tage wirklich nicht gemerkt. Wie feherhart liest aber auch der Mann, der sein geniales Ich hinter zwei Wellenlinien verbirgt, in unserer Seele! Und wie klar schreibt er doch! Im gleichen Akzentzuge verbietet er uns zu fordern, daß man uns als entscheidenden Faktor bei Erörterung der jüdischen Frage respektiere, und behauptet er, daß sich nach Seligers Tode fast alle „sozialistischen Raupen national verpuppt haben und mit wenigen Ausnahmen auf den nationalen Bäumen hängen.“ Wir, Lohman und Baeran sind also ein Herz und eine Seele und da ist es uns ganz unerfindlich, warum die Nationalisten beim jüdischen Nationalitätenproblem mitreden dürfen, wir aber nicht. Aber nein, wir sind doch nicht ein Herz und eine Seele. Denn, nachdem uns der geniale Leitartikel „eben noch „mit wenigen Ausnahmen“ an den „nationalen Bäumen“ hat hängen lassen, stellt er im Satz darauf fest, daß er „in der sozialistischen Führerschaft... zwei Richtungen deutlich unterscheiden kann.“ Die eine Richtung ist „in nationalen Dingen“ Lohmans nächster Geistesbruder und ihm „viel näher als etwa Krepel“ verwandt, die zweite Gruppe „ist ebenso deutsch wie sozialistisch, also international in der geläufigen Form.“ Aus welchen „Raupen“ sich diese zweite Gruppe von „Puppen“ gebildet hat und an welchen „Bäumen“ sie „hängt“, verschweigt der Prager Schmettelforscher, aber nach seinen vorangehenden Ausführungen mühten wir annehmen, daß überhaupt keinerlei kriechendes Geseier mehr vorhanden sei, um sich international zu verpuppen. Innerhalb der einheitlich nationalsozialistischen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei läßt also Herr Wellenlinie die Nationalisten und die Internationalen mit einander um den Vorrang streiten, und weil der Kampf bisher unentschieden ist, haben wir kein festes nationales Programm. Jetzt wissen wirs und jetzt ist unser Anspruch, als wichtigster Teil des deutschen Volkes in diesem Staate gewertet zu werden, endgültig erledigt. Glauben wirs nicht, so schwillt die Wellenlinie zum Meere an und spült uns alle fort, hinunter von den „nationalen Bäumen“. Und arbeitsame „Puppen“, die wir sind, müssen wir dann jämmerlich ersaufen.

Die Unstimmigkeiten in der tschechisch-nationalsozialistischen Partei dauern fort, trotz aller Abkühlungsversuche des „Česke Slovo“. Besonders die märchenhaften Anhänger der Partei gehören unter diejenigen, die mit der kleinbürgerlichen Politik ihrer Prager Parteileitung nicht einverstanden sind. Dazu kommt noch, daß viele der nationalsozialistischen Arbeiter den kommunistischen „Einheitsfront“-Schalmeien aufpassen. So sollte z. B. am 28. Oktober in Austerlitz in Mähren eine gemeinsame Kundgebung der tschechischen Nationalsozialisten und der Kommunisten stattfinden; im letzten Momente verbot aber die Parteileitung der Nationalsozialisten ihren Anhängern die Teilnahme an dieser Manifestation. Die Versammlung fand also ohne Teilnahme des nationalsozialistischen Referenten statt; dafür aber — so rühmt das „Rudé Právo“ — beteiligten sich an ihr die tschechischen Nationalsozialisten der ganzen Umgebung, welche dem Befehle des Brünner Stabes nicht

folgte leisteten und nach der beendigten Kundgebung offen erklärten, daß sie auf der Einheitsfront bestünden, ohne Rücksicht darauf, ob das ihrer Führung gefällig oder nicht.“ Auch in einigen anderen Orten während haben die nationalsozialistischen Organisationen die Weisungen ihrer Parteileitung außer acht gelassen und gemeinsame Kundgebungen mit den Kommunisten veranstaltet. Köstlich verhält sich zu dem immer offener hervortretenden Streit in der Partei ihr Brünner Organ „Budoucnost“. Dieses Blatt verschweigt einerseits die in der Partei herrschende Opposition, andererseits aber führt es die Schuld für die Ereignisse in einzelnen Orten während auf den Radikalismus zurück, der der Partei eigen sei und ihr zur Ehre gereiche, denn es sei kein kopflöser Radikalismus. Die Brünner sozialdemokratische „Stráž Socialismu“ glaubt, daß die nationalsozialistische Partei vor der Spaltung steht. Dieser Tage hat sich auch der Abg. Vrbenky, der allgemein als Führer der Opposition in der Partei gilt, ein Extempore geleistet. In einer politischen Versammlungsrede in Budweis sagte er u. a. über die Koalition folgendes: „Ich sage, daß diese Koalition kein Glück für die Sozialisten ist. In bestimmten Zeitabschnitten, (so beim Restaurationsversuch in Ungarn, beim Versuch der Gründung einer Donau-Jollunion) war sie am Plage; wirtschaftlich ist aber die Koalition ein Unglück für uns. Aber nicht nur die Zusammensetzung und die Kompromisse der Koalition behindern den Sozialismus, sondern auch das ungesunde Verhältnis, welches in der zahlenmäßigen Vertretung der Sozialdemokratie liegt, tötet moralisch das Prestige der Sozialisten. Es ist nicht die Regierung der Demokratie, wenn im Parlamente 52 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen, wenn ihren heutigen Machtverhältnissen die Zahl von 25 Mandaten nicht entspricht. Unsere Feinde, die diese unmoralische Schwäche des Sozialismus sehr gut kennen, handeln auch mit uns darnach. Es wird nicht besser sein, solange Neuwahlen nicht Klarheit schaffen. Wir fürchten die Wahlen für unsere Partei nicht. Aber die Sozialdemokraten suchen sie zu verschieben, auch um einen sehr ungesunden Preis. Ich sage es hier offen, daß durch diesen Zustand die Autorität des Staates leidet. Ich stelle mich auch dagegen, daß über die Regierung die „Přítá“ entscheidet, obwohl ihr dazu die gesetzliche Grundlage fehlt. Und wenn wir uns erinnern, wie diese „Přítá“ handelte, und in welcher schlafer Weise Běchyňo das Interesse der Sozialisten verteidigte, dann kommen wir zu traurigen Schlüssen.“ Vrbenky hat in diesen Dingen nicht ganz Unrecht; merkwürdig aber berührt es, daß er gegen die Koalition nur dann aufsteht, wenn er gerade nicht — Minister ist.

Die wütenden „Rozdny Listy.“ In den vorgestrigen tschechischen Blättern wurde eine echt nationaldemokratische Machenschaft des Agrarierorganes „Rozdny Listy“ aufgedeckt, die in folgendem besteht: Dieses Blatt hatte am 18. Oktober einen Artikel „Trosky's Verpötlung der europäischen Diplomatie“ als Berliner Eigenbericht gebracht. Darin war u. a. gemeldet worden, daß Trosky erklärt habe: „Am Jahre 1918 hätte der Bolschewismus in Rußland durch einige britische und französische Divisionen vernichtet werden können.“ Zum Schluß soll Trosky gesagt haben: „Wir hatten gewonnen, sobald beschlossen war, daß die Tschechoslowaken aus dem russischen Gebiet abziehen, daß man sie nicht zum Kampfe gegen uns verwerben wird.“ Dazu wurde nun eine amtliche Korrektur des Tsch. P.-K. ausgegeben, in der es heißt, daß ganze Sätze in den Text eingelegt wurden, welche den Sinn der Rede verändert haben. In der amtlich gegebenen Rede Trosky's ist nirgends die Rede davon, daß der Bolschewismus

Was ist uns Rußland?

Von Felix Stössinger (Berlin).

Die gewaltige Tragödie, die das russische Volk seit Jahren erleidet, hat uns schon oft veranlaßt, über die seelischen und geistigen Erregungen dieses so sehr zum Leiden verurteilten Volkes nachzudenken. Die große russische Literatur mit ihren unheimlich lebendigen Menschen hat uns mit Rußland mehr vertraut gemacht als mit manchem anderen, uns näher liegenden Volke. Auch die Arbeiterklasse kennt Rußland aus Romanen, Erzählungen, Reiseberichten, und doch scheint unsere Kenntnis noch immer viel zu gering, und alles Sonderbare und Hinreißende, was wir von Rußen hören, läßt uns immer wieder die Unbegreiflichkeit dieses großen und einzigartigen Volkes ahnen.

Der Zusammenbruch des sich kommunistisch nennenden bolschewistischen Regimes, seine völlige Umwandlung in eine rechtsbürgerliche Regierung (noch dazu ohne Personenwechsel) hat vielleicht manche Kräfte der Arbeiterklasse in ihrem Interesse für Rußland ernüchert, aber gerade das veranlaßt uns, wieder einmal von Rußland zu reden. Denn Rußland ist ja viel, viel mehr und ganz etwas anderes als eine Art Vortrupp der europäischen Revolution. Rußland ist ökonomisch rückständig und kann daher niemals früher als der Westen sozialistisch sein, aber andererseits gibt es in Rußland eine seelische Kultur und Gemeinschaft, die noch aus dem Urkommunismus herkommt und ein Empfinden so eigener Art zurückgelassen hat, wie wir in Westeuropa es erst auf dem Wege über den Sozialismus zu erreichen versuchen.

Zwei neue, kleine Bücher über Rußland liegen neben mir. Was enthalten sie neues über Rußland? Das eine heißt „Unter der Gewalt des Hungers“. Es sind Reiseberichte, die A. S. Kober für die „Russische Zeitung“ geschrieben hat und die nach einer Mitteilung des Verlages Eugen Dieberichs, Jena, von der Zeit-

ung unterdrückt worden sind. Das zweite Buchlein ist eine Sammlung von Aufsätzen Raphael Seeligmann über russische Probleme, die einstmals in den Sozialistischen Monatsheften erschienen sind und jetzt in Buchform im Verlag von Laub u. Co. Berlin unter dem Titel „Zur Psyche des russischen Volkes“ herauskamen.

Das Buch von Kober bringt viel historisches Material, Anekdoten und einige Beobachtungen, wie man sie eben nur in Rußland machen kann. Aber dadurch lernt man noch nicht Rußland kennen. Der Verfasser hat alle schlechten Eigenschaften eines Allsteinschmucks und Literaten und das wenige, was er gesehen hat, trägt er so vor, daß man dabei durch seinen vordringlichen Intellektualismus gestört wird. In politischen Dingen, geschweige denn im Urteil, ist er von einer Unwissenheit, daß man wieder einmal schallungslos ist über die Art, wie unsere großen Zeitungen arbeiten. Solche Leute, die keine Ahnung von den Dingen haben, aber auch nicht die Kraft, naiv zu sehen und zu schreiben, werden ins Ausland geschickt! Man kann nur zur Ehre der Zeitung annehmen, daß sie die Berichte nicht wegen einer unbedeutenden Wahrscheinlichkeit sondern wegen ihrer Wichtigkeit abgelehnt hat. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, da der Verlag ganz zu Unrecht dem Buch eine Märtyrergloriose zu geben versucht und dabei auch an die Sozialisten appelliert.

Kober läßt uns allerdings eine Wahrheit ahnen: daß aus Rußland etwas Neues kommen wird, daß etwas Neues im Werden ist. Nicht infolge bestimmter Leistungen des Bolschewismus, die ja auf keinem Gebiete vorliegen, sondern weil die russische Menschheit durch die unerbittliche Not, durch die Gewalt des Hungers zusehends verändert worden ist. Diese Leiden haben den russischen Menschen noch fester an sozialistische Ideen gebunden, denn sozialistisch war ja dieser russische Mensch von je, selbst wenn er Kapitalist oder Großgrundbesitzer war.

Das ist nämlich das Eigentümliche und Großartige des Russen: er denkt und empfindet gemeinschaftlich, sei er Bauer, Arbeiter, Student oder Aristokrat. Gewiß, nicht alle empfinden so. Aber wo dieses Empfinden zum Durchbruch kommt, wirkt es, ist es: russisch. Man stellt in solchen Fällen fest: das ist nur unter Russen möglich.

Diese Tatsachen sind auch Kober aufgefallen, nur daß man seinen Berichten wegen ihrer Verschnodtheit und willkürlichen Ideenkonstruktion keinen Glauben schenkt. Seeligmann beachtet dagegen in seinem Buchlein über keine Tatsachen. Er setzt vielmehr die ungeheure Tatsache ins Bewußtsein des russischen Lebens voraus und zieht daraus seine Schlüsse. Aber indem er nun die einzelnen Typen und Erscheinungen der russischen Welt darstellt, empfangen wir eine wunderbare Einsicht in die russische Seele. Seeligmann sagt keine Analysen in ganz kurzen Kapiteln zusammen, aber diese kleinen Stücke, von wenigen Seiten Umfang, lesen sich wie kleine Offenbarungen, so groß ist das Wissen, so durchdringt die Darstellung des Verfassers.

Was ist nun eigentlich das Wunderbare am Russen, wie es uns in der Darstellung Seeligmanns entgegentritt?

Der Russe ist der eigentliche, ist der letzte Mensch auf dem Boden Europas. Alle anderen sind zu kalten, ausgeleerten Wesen geworden. Der Russe blieb Mensch, im Innersten von einer religiösen Verantwortung für das Schicksal der Erde erfüllt. Da ist zum Beispiel die Befehls des Büchenden. Der Büchende ist gewöhnlich ein Adeltiger, der sein reiches Leben als Schuld empfindet und ins Volk geht, um sein bisheriges Leben der Leppigkeit und des Nichtsinns zu fähnen. Solche büchende Aristokraten waren Herzen, Bakunin, Tolstoj und viele tausende, die weniger bekannt geworden sind und doch ein Leben des Glanzes mit dem elenden Leben eines Arbeiters, eines Bauers vertauscht haben, weil sie die Lüge ihres Lebens nicht weiter ertragen konnten.

Man kann den Büchenden als einen passiven Revolutionär bezeichnen, der aber ethisch um nichts hinter dem aktiven Revolutionär zurücksteht. Revolutionär ist in Rußland nicht der Einzelne, sondern die ganze Jugend und Intelligenz. Daß gerade sie so schrecklich unter der bolschewistischen Gegenrevolution zu leiden hat, ist besonders tragisch. Aber wir haben die Gewißheit, daß die russische Revolution niemals vor dem Bolschewismus kapitulieren wird. Dieses System ist unvereinbar mit dem Freiheitswillen, mit der Sehnsucht der russischen Revolution nach einem Leben der Verantwortung.

Der Drang zur Masse ist ein Kennzeichen des Russen. Der einfache Bauer gehört zu dieser Masse, der Gebildete, der Westler hört nicht auf, sich zu dieser Masse hin zu sehnen; und wenn er gegen sie wütet, so ist dies auch nur ein Zeichen dafür, wie sehr er noch an die Masse gebunden ist.

Die Sehnsucht zur Masse kommt aus dem russischen Gefühlleben. Seeligmann zeigt sehr überzeugend, daß der Russe überhaupt nur aus der Masse heraus, aus der Gesellschaft heraus zu leben, zu denken, zu wirken in der Lage ist.

Die russische Intelligenz ist daher ganz anderen Schicksals als etwa die deutsche. Der deutsche Gebildete hält es für eine würdlose, ungeistige Beschäftigung, sich um die Gesellschaft, die Politik, das Leben, die Institutionen der Menschheit zu kümmern. Unter dem schlechten Einfluß Goethes zieht er den Kult seiner werten, meist schrecklich uninteressanten Person, oder wie er sagt, seiner „Persönlichkeit“, dem Leben für die Gemeinschaft vor. Der russische Intellektuelle wurzelt dagegen mit heißer, unauslöschlicher Liebe in der Erde Rußlands, in der Seele der russischen Masse und irgend ein Denken, Leben, Handeln, das ganz losgelöst wäre vom Mutterboden seiner Umwelt, ist völlig undenkbar.

Wertwürdigerweise ist nun gerade der Deutsche mit seinem Persönlichkeitsfimmel der unpersönlichste Mensch unter allen

von einigen Divisionen hätte vernichtet werden können und von den Tschekoslowaken hat Trochý überhaupt nicht gesprochen. Dazu stelle nun der gestrige „Cas“ ganz richtig fest, daß mit der von den „N. L.“ gebrachten Trochýrede nichts anderes als eine Unterfütterung der slavischen Postulats des Dr. Kramarsch beabsichtigt gewesen sein kann. Diese Tatsache wird auch durch die in Ljubá von Dr. Kramarsch kurz darauf gehaltenen Rede bestätigt, in welcher er diese bewußte Mystifikation als Mittel zum Kampf gegen die den Nationaldemokraten unangenehme tschechoslowakische Außenpolitik reichlich ausgebeutet hat. Derselbe Methode wurde von der Nationaldemokratin Vil. Kuneiecká in der Antifälschungssammlung, welche am 26. Oktober auf der Sophieninsel von den Nationaldemokraten abgehalten wurde, in verjüngter Weise verwendet. Daß nun die „Narodni Listy“ über die Enthüllung solcher bürgerlicher Gemeinheiten in gerade erbaut sein werden, war zu erwarten. Ihre ganze Wut geht nun gegen den Urheber der Enthüllung, das Tsch. T. R., welches angeblich 48 Stunden, nachdem es „N. L.“ ihre auch in andern europäischen Blättern veröffentlichte Nachricht gebracht hatten, den amtlichen Bericht in die Redaktion „verfümmelt“ und in einer unverständlichen Konzeption abgefälscht, geschickt hat. Selbstverständlich macht das das Tsch. T. R. immer so. Im übrigen seien die Eigenberichte der „N. L.“ klarer und verständlicher“ und „man erfahre weit mehr aus ihnen als aus denjenigen, welche die amtliche Zensur passieren.“ Es scheint ganz unnötig, auf die Nummernreihen in der Entgegnung einzugehen, die natürlich die Tatsachen zu widerlegen nicht imstande sind. Aber nicht geleugnet kann werden, was die „N. L.“ über ihre Eigenberichte sagen. „Klarer und verständlicher“ sind sie — für Dr. Kramarsch und Frau Vil. Kuneiecká. Das wird niemand, bestritten. Und ebenso richtig ist es, daß man mehr aus ihnen erfährt, — als wahr ist. Ehre, wenn Ehre gebührt!

Wo Militarismus — da Spionage. Wie die tschechischen Blätter berichten, wurde in Aratau eine sensationelle Spionageaffäre aufgedeckt. Nach Mitteilungen des „Naprzod“ soll dieser Tage aus der Polizeibehörde in Aratau ein gewisser Blabiz, tschechoslowakischer Staatsangehöriger, entlassen sein, welcher in Verbindung mit polnischen Offizieren stand, die in diese Affäre verwickelt sind. Blabiz entkam angeblich in die Tschekoslowakei, von wo er vorgestern abends ein Telegramm abschickte, in dem er anzeigt, daß er bereits außer aller Gefahr sei. — Dieser Fall beweist, daß die Tscheken die Spionage durchaus nicht verschmähen, wenn sie ihnen zum Heil der Tschekoslowakei zu gereichen scheint. Dadurch aber verurteilen sie sich selbst. Denn sie gestehen damit ein, daß die Spionage an sich erlaubt ist. Daß sie aber erlaubt ist, rührt von dem System des Militarismus her, das die Ursache jeder Spionage bildet. Wird diese Ursache beseitigt, dann werden die Tscheken nicht nötig haben, weder Spionage — zu erleiden, noch Spionage — zu tun. Abgesehen von allem anderen: es kostet viel Geld und man blamiert sich — in beiden Fällen — schauerhaft.

Die erste öffentliche Verhandlung beim Verfassungsgesichtshof findet am Dienstag, den 7. November um 11 Uhr vormittags im Altstädter Rathaus statt. In dieser Verhandlung wird über die vorläufige Gültigkeit einiger Maßnahmen des ständigen Ausschusses der Nationalversammlung entschieden. Es handelt sich um die Beschlüsse des ständigen Ausschusses vom 8. Oktober, betreffend das Recht der Einhebung und Vorforschreibung der Versicherungsprämien im Kriege, vom 4. August über die Änderung einiger Bestimmungen des Strafrechtes, vom 27. Juli über die Einverleibung des Gebietes von Weitra und Felsberg.

Nationen geworden, während die Völker, besonders die Russen und Franzosen, die viel gemeinschaftlicher, gesellschaftlicher denken als der Deutsche, sich eine größere Selbständigkeit und Unmittelbarkeit des einzelnen Menschen bewahrt haben.

Die russische gebildete, jüdische Schicht ist dem großen Leiden ihres Lebens, dem Bauern nahe geblieben. Sie hat keine Frömmigkeit, keine innere Schönheit, keine Güte niemals ganz gelernt. Sie steht den letzten Dingen dieses Lebens näher als irgend eine andere europäische Schicht, und dabei hat sie aus dem stürmischen Willen nach vorwärts, nach Veränderung des Lebens, Befreiung der Gesellschaft von allen Verhältnissen, die ständisch sind. Der Kapitalismus ist zu jung in Rußland, als daß er die Greuel, die er herbeibringt, den Menschen als gerechte Ordnung einreden könnte. Seine ist der Russe schon so weit aufgeklärt, daß er die Entwicklung über die kapitalistische Gegenwart hinaus als eine selbstverständliche Forderung betrachtet. Die soziale Verderbnis des Kapitalismus hat also gar nicht erst Fuß fassen können. Sie wurde niemals zu etwas „Natürlichem“, wie bei uns, worüber man sich nicht mehr aufregt.

Es ist nicht möglich, ein ganzes Volk durch solche Tüde zu charakterisieren. Was für Millionen wahr ist, ist es für andere Millionen des russischen Volkes nicht. Und doch umschließt eine solche Charakteristik große Wesenheiten des russischen Volkes, gerade weil dieses Volk nun den üblichen westeuropäischen „griffen gar nicht zu fassen ist, — ein Beweis dafür ist Dostojewski, der realpolitisch ein Reaktionsär war und seelisch und geistig einer der größten Revolutionäre aller Zeiten ist.

Das kleine Buch von Seeligmann ist ein Gewinn für unsere Erkenntnis Rußlands. Aber darüber hinaus hat es eine echt russische Wirkung: es zeigt dem Leser nicht nur das Gute, sondern es erweckt in ihm den Wunsch, ebenso zu werden und auch für sich die Verantwortung für eine Besserung des Lebens zu übernehmen.

Unter der Diktatur des Faschismus.

Faschistische „Ruhe und Ordnung!“

Der Maschinenraum des „Avanti“ und 15 sozialistische Parteifoliale verbrannt.

Rom, 1. November. (Savas.) Die Regierung hat eine Reihe energischer Schritte zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung beschlossen. Bei den gestrigen Zwischenfällen wurden sechs Personen getötet und zwei lebensgefährlich verletzt.

Mailand, 1. November. (Savas.) Demobilisierende Faschisten verbrannten im Hofe des Gebäudes des „Avanti“ zahlreiche Exemplare dieser Zeitung sowie die Register. Nach ihrem Abzug entstand ein Brand, der die Papierbarrake im Keller und den Maschinenraum zerstörte. Außerdem wurden 15 Parteifoliale der Sozialisten eingekerkert.

Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes durch Mussolini.

Rom, 2. November (Savas.) Mussolini leitete Journalisten die Grundzüge der ministeriellen Erklärung mit. Er gab ihnen u. a. bekannt, daß er eine sofortige Änderung des Wahlgesetzes und die Auflösung des Parlamentes beabsichtigt. Die Neuwahlen sollen im März des nächsten Jahres stattfinden. Wie die „Idca nazionale“ erfährt, werden die Wahlen auf Grund des französischen Majoritätssystems stattfinden.

Aus dem Budgetanschuß.

In der unter dem Vorsitz des Abg. Bradac gestern abgehaltenen Sitzung wurden folgende Kapitel des Voranschlags verhandelt:

1. Präsident der Republik. Berichterstatter Remes.
2. Kanzlei des Präsidenten. Berichterstatter Remes.
3. Nationalversammlung — Futival.
4. Kapitel Pensionen — Chalupa.
5. Handelsministerium — Prazel.

Die Referenten machten sich ihre Arbeit sehr leicht, sprachen sehr kurz und ihre Reden waren nur Wiederholungen aus den gedruckten Voranschlägen. Minister Rival erklärte in seiner Rede u. a., daß der autonome Zolltarif in Kürze dem Parlamente vorgelegt werden wird und die Verhandlungen desselben so rasch als möglich durchgeführt werden sollen.

Genosse Taub wendet sich zunächst dagegen, daß die Spezialdebatte über alle diese vorstehend angeführten Kapitel in einem abgelaufen werden soll und wünschte, daß wenigstens die Debatte über das Handelsministerium separat geführt werde. Er beantragte, daß die Rede des Ministers vervielfältigt werden soll und den Mitgliedern des Ausschusses vor Eingang in die Spezialdebatte über den Voranschlag des Handelsministeriums zum Zwecke des Studiums übermitteln werde. Der Vorsitzende lehnte unter Berufung auf den Beschluß der letzten Sitzung den Wunsch des Genossen Taub ab, ist aber bereit, die Spezialdebatte über den Voranschlag des Handelsministeriums separat durchzuführen. — In der Spezialdebatte sprach dann zunächst Wacbrunn (Romun), welcher erklärte, daß es für seine Partei persönliche Bemerkungen gibt, wenn sie über die Bezüge des Präsidenten und die Auslagen für seine Kanzlei sprechen sollen. Er zog einen Vergleich zwischen Lenin, Cbert und Masaryk und lobte Cbert wegen seiner Einfachheit, durch welche er sich auch die Sympathien seiner politischen Feinde erworben hat. Er verlangte die Einsetzung einer Kommission, welche die in der Aug durchgeführten Reparaturen auf die verurteilten Kosten hin zu überprüfen hätte.

Es sprachen sodann noch Bobek (Now. Al.) und Dubnik (Kommunist), hierauf Genosse Taub, welcher erklärte, die Ausgaben für die Präsidentschaften und für die Kanzlei des Präsidenten dürfen nicht anders betrachtet werden, als alle anderen Posten des Staatshaushaltes. Der Aufwand für die Militärabteilung der Kanzlei ist gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Es wird niemand ein Verständnis dafür haben, daß die Kanzlei des Präsidenten eine eigene militärische Abteilung braucht. Wollen Sie den Hoofstaat in der Republik errichten, so wie er im alten Oesterreich bestand, den Sie damals auf das heftigste bekämpften? Haben wir denn in der Zeit der schweren Krise nichts anderes zu tun, als Festaurierungen in der Burg vorzunehmen? Es sollen jetzt Häuptlichkeiten freigegeben und Ministerien aus der Burg verlegt werden, um Gäste des Präsidenten standesgemäß unterzubringen. Wir verwarren uns dasgegen und verlangen, daß die in der Burg untergebrachten Ministerien dort verbleiben und die für die einzelnen Ministerien bereitgestellten Räumlichkeiten Wohnzwecken zugeführt werden. Schloß Sina hat uns in den Jahren 1921 bis 1922 über 18.000.000 K gekostet und 1923 sollen wieder 4.200.000 K verausgabt werden. Dabei sind für Wasserbauten für Pava und den Grabstein in dem Investitionsbudget für 1923 1.200.000 K ausgenommen. Wir verlangen die Streichung von einer Million Kronen, welche zu freier Verfügung des Präsidenten für Wohltätigkeitszwecke ausgeworfen ist, und

Energische Demobilisierung?

Rom, 2. November. Ministerpräsident Mussolini erschien nachts persönlich am Bahnhofe, um die Abreise der faschistischen Miliz zu betreiben. Mittags gab das hiesige Kommando den Befehl, zu demobilisieren und die Schwarzhemden abzulegen. Militärische Parouillen fordern zurückgebliebene auswärtige Faschisten sofort zur Abreise auf. (Das ganze ist wohl nur eine schauspielerische Geste, um die „unerschütterte Ordnung“ in Italien zu beweisen. Die Red.)

Mailand, 2. November. Am 1. November wurde alle Macht von den Faschisten den Staatsbehörden übergeben. Vor der Demobilisierung veranstalteten die Faschisten einen Umzug durch die Stadt. Um 3 Uhr nachmittags hatte die Stadt ein normales Aussehen. Auf Befehl der Faschisten, darf niemand auf der Straße im Schwarzhemd erscheinen.

Ministerrat in Rom.

Einberufung der Kammer für den 6. November.

Rom, 2. November. (Ag. Stef.) Der Ministerrat anerkannte nach einer, lange währenden Erörterung über die wirtschaftliche und finanzielle Politik einmütig die Notwendigkeit, alle Staatsbehörden und Ministerien aufzugeben, welche nicht unbedingt notwendig sind, ferner Unternehmungen, welche in staatlicher Verwaltung mit einem Defizit arbeiten, in Privatunternehmungen umzuwandeln, das Problem der Bureaukratie neuerlich einer Erörterung zu unterwerfen und das dringende Problem der Auswanderung zu erledigen. Der Ministerrat beriet sodann darüber, den Jahrestag des Sieges vom 4. November 1918 zu feiern. Schließlich wurde beschlossen, die Kammer für den 16. November einzuberufen.

Aus dem sozialpolitischen Ausschuh.

Auf der Tagesordnung stand die Frage betreffend die Gewährung eines nachträglichen Kredites von 100 Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung. An der Debatte beteiligten sich alle Ausschuhmitglieder. Der Vertreter der Gewerbetreibenden hat auch bei diesem Anlasse einer angeborenen Feindschaft gegenüber der Arbeiterpartei Ausdruck gegeben. Die Abgeordneten Schäfer und Taub haben mit aller Entschiedenheit diese Angriffe zurückgewiesen. Sie haben die Gelegenheit benützt, um das Glend der Arbeitslosen dem sozialpolitischen Ausschuh vor Augen zu führen, gegen die Handhabung des Gesetzes Beschwerde einzulegen und das Verlangen zu stellen, daß die Novelle des Arbeitslosenfürsorgegesetzes unverzüglich durchgeführt werde. Der Ausschuh nahm eine Resolution an, worin die Regierung aufgefordert wird, bis zum 16. November eine Novelle zum Arbeitslosenfürsorgegesetz vorzulegen, in der auch eine Verlängerung des Gesetzes vorgenommen wird. Die deutschen Sozialdemokraten beantragten, daß der Minister für soziale Fürsorge in eine der nächsten Sitzungen des sozialpolitischen Ausschufes eingeladen werde, in welcher eine Debatte über die Wirtschaftskrise und die dagegen zu treffenden Maßnahmen abgeführt werden solle. Dieser Antrag wurde in der Form angenommen, daß diese Debatte anlässlich der Beratung der Novelle zum Arbeitslosenfürsorgegesetz abzuführen sei. Die Vorlage wurde angenommen, ebenso eine Regierungsvorlage betreffend eine einmalige Auszahlung von Notauschüssen zu den Lehrerpensionen in Oulstschin und die tschechoslowakisch-deutsche Vereinbarung betreffend die Uebernahme der Versorgung der Kriegsbeschädigten in Oulstschin. Zur Durchberatung der Frage der Regelung der materiellen Verhältnisse der Inne- und Arbeiter in den staatlichen Bergbaubetrieben wurde ein Subkomitee eingesetzt, in das Genosse Vohl entsendet wurde.

Aus dem sozialpolitischen Ausschuh.

Auf der Tagesordnung stand die Frage betreffend die Gewährung eines nachträglichen Kredites von 100 Millionen Kronen für Arbeitslosenunterstützung. An der Debatte beteiligten sich alle Ausschuhmitglieder. Der Vertreter der Gewerbetreibenden hat auch bei diesem Anlasse einer angeborenen Feindschaft gegenüber der Arbeiterpartei Ausdruck gegeben. Die Abgeordneten Schäfer und Taub haben mit aller Entschiedenheit diese Angriffe zurückgewiesen. Sie haben die Gelegenheit benützt, um das Glend der Arbeitslosen dem sozialpolitischen Ausschuh vor Augen zu führen, gegen die Handhabung des Gesetzes Beschwerde einzulegen und das Verlangen zu stellen, daß die Novelle des Arbeitslosenfürsorgegesetzes unverzüglich durchgeführt werde. Der Ausschuh nahm eine Resolution an, worin die Regierung aufgefordert wird, bis zum 16. November eine Novelle zum Arbeitslosenfürsorgegesetz vorzulegen, in der auch eine Verlängerung des Gesetzes vorgenommen wird. Die deutschen Sozialdemokraten beantragten, daß der Minister für soziale Fürsorge in eine der nächsten Sitzungen des sozialpolitischen Ausschufes eingeladen werde, in welcher eine Debatte über die Wirtschaftskrise und die dagegen zu treffenden Maßnahmen abgeführt werden solle. Dieser Antrag wurde in der Form angenommen, daß diese Debatte anlässlich der Beratung der Novelle zum Arbeitslosenfürsorgegesetz abzuführen sei. Die Vorlage wurde angenommen, ebenso eine Regierungsvorlage betreffend eine einmalige Auszahlung von Notauschüssen zu den Lehrerpensionen in Oulstschin und die tschechoslowakisch-deutsche Vereinbarung betreffend die Uebernahme der Versorgung der Kriegsbeschädigten in Oulstschin. Zur Durchberatung der Frage der Regelung der materiellen Verhältnisse der Inne- und Arbeiter in den staatlichen Bergbaubetrieben wurde ein Subkomitee eingesetzt, in das Genosse Vohl entsendet wurde.

Ausland.

Die englische Arbeiterpartei und die Reparationsfrage.

J. Ramsay MacDonald, der Vizepräsident der englischen Arbeiterpartei, schreibt im neunten Heft der von Keynes herausgegebenen Wiederaufbauzeitschrift: „Es gibt nicht nur die Probleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaus; ein politischer Wiederaufbau ist mindestens ebenso dringend notwendig. Immerhin ist er weniger dringend und sicher wird niemand eine Grenzveränderung ausschließlich aus akademischen Gründen beanspruchen. Die Frage der politischen Grenzen jedoch und das Verbot für Oesterreich, sich mit dem Reich zusammenzuschließen, werden ohne Zweifel später einmal revidiert werden müssen.“ MacDonald ist der Ansicht, daß der Versaillesvertrag endgültig vernichtet werden müsse, soweit es sich um die Wiedergutmachung handelt. Dieser Teil des Vertrages sei ein Produkt menschlichen Hochmutes, vernichtet mit dem Gefühl des Siegesrausches. Bereits vor Jahren hätten die verschiedenen nationalen Arbeiterorganisationen sich über einen Plan geeinigt zum Wiederaufbau Nordfrankreichs mittels deutscher Arbeitskraft und Güterlieferungen. Die Regierungen zogen jedoch eine Wiedergutmachung in Bargeld vor. Ein solches Verfahren mühte allerlei Mißbräuche mit sich bringen. Die Behauptung, es sei mehr Schuld Frankreichs selbst, als die Schuld der deutschen Heere, daß das zerstörte Gebiet noch nicht wieder aufgebaut sei, sei gar nicht so falsch. Dies werde deutlich, wenn man die wiederaufgebauten verwüsteten Gebiete Belgiens sich ansehe. An erster Stelle tritt MacDonald dann dafür ein, daß alle Forderungen auf Rückzahlung der vertriebenen Pensionen durch Deutschland gestrichen werden. Die Sozialisten dürfen nicht größer sein, als sie die internationalen Märkte ohne Schaden für ihre eigene Industrie entgegennehmen könnten. Der von Deutschland geschuldete Betrag müsse möglichst bald festgesetzt werden, damit es diesen Lande ermöglicht werde, seinen Kredit wiederherzustellen. Nachdem das Zahnerfassungsproblem und die Frage der interalliierten Schulden definitiv geregelt seien, müsse eine internationale Anleihe ausgearbeitet werden. Auch Rußland müsse mittels einer internationalen Anleihe wieder auf die Beine gebracht werden und die Sowjetregierung müsse möglichst bald anerkannt werden. Die französische Bevölkerung ist nach Ansicht MacDonalds sicher bereit, auf Argumente des gesunden Menschenverstandes zu hören. Wenn die Sozialisten die Führung in England bekommen, muß von neuem eine allgemeine europäische Konferenz zusammenberufen werden. Diese wird jedoch sehr viel besser vorbereitet werden müssen als die Genuefer. Die Zusammenarbeit der englischen Arbeiterpartei mit den Sozialisten des Kontinents wird dabei von der größten Bedeutung sein.“ Dieser Artikel bildet sozusagen eine ausführliche Erläuterung zu dem Wahlprogramm der englischen Arbeiterpartei, soweit es die auswärtige Politik betrifft.

Demission italienischer Diplomaten.

Die Uebernahme der Regierungsgewalt und des Außenressorts durch Mussolini hat zwei Gesandte Italiens, Sforza in Paris und Rolando Nicci in Washington, zum Amtsverzicht veranlaßt. Die gewalttätigen Methoden, die das neue Regime auch in der Außenpolitik vermutlich anwenden wird, sind die Ursachen dieser Rücktritts-gestunde, namentlich Sforza sieht sein Werk, den Rapallovertrag mit den Südslawen, durch Mussolini gefährdet. Eben um der Aufrechterhaltung dieses Vertrages willen, dessen Bruch einen Krieg in bedrohliche Nähe rücken müßte, scheint

das Verbleiben Sforzas wünschenswert und die Pariser Blätter begleiten deshalb die Nachricht von seiner Demission mit trübem Kommentaren. Als nicht ganz ungünstiges Zeichen dafür, daß Mussolini mit seinem Amt auch eine Spur von Verantwortungsgefühl bekommen hat, ist es vielleicht zu werten, wenn er Sforza ersucht hat, seinen Posten zu behalten. Der Ton zwar, in dem er das tut, klingt reichlich nach Annäherung und keine wie der Befehl eines autokratischen Häuptlings, aber immerhin scheint die Handlung Mussolinis von dem Bedürfnis eingeleitet zu sein, die Brücken zur Vergangenheit nicht vollständig abzubrechen. Die Probe, wie weit er sich in das gegenwärtige europäische Staatensystem einzufügen gedenkt, wird er freilich erst auf der Orientkonferenz von Lausanne abzulegen haben, doch hat die Behandlung von Sforzas Demissionssuch in der Regierungspresse aller Länder sichtlich Befriedigung und Erleichterung hervorgerufen.

Telegramme.

Beschränkung der militärischen Ueberwachung Deutschlands.

Berlin, 2. November. (Wolff.) Die Regierungen von Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan sind auf ihre der Reichsregierung im April dieses Jahres gemachten Vorschläge zurückgekommen, die gegenwärtig zur Ueberwachung der Durchführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles bestehende, interalliierte Militärkontrollkommission zurückzuführen und durch ein bedeutend weniger zahlreiches militärisches Garantiekomitee zu ersetzen, dessen Kosten die genannten Regierungen tragen wollen. Vorbedingungen für die Verwirklichung dieses Vorschlages sind die endgültige Durchführung mehrerer der Entwaffnung Deutschlands betreffenden Fragen. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, über diesen Vorschlag in Verhandlung einzutreten, unter der Voraussetzung, daß durch diese Verhandlungen die Beschränkung der Ueberwachung Deutschlands auf die im Friedensvertrage dem Räte des Völkerbundes eingeräumten Befugnisse vorbereitet wird.

Arbeitsruhe am 9. November.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Die Berliner Gewerkschaftskommission hat den Beschluß gefaßt, für den 9. November Arbeiterruhe zu proklamieren. Von der Gewerkschaftskommission wird angenommen, daß auch in den übrigen Industriezentren Arbeitsruhe proklamiert werden wird.

Der österreichische Sanierungsplan.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) Die Abendblätter bringen den Bericht über die Änderungen, die die Regierung im Einvernehmen mit den Abgeordneten des Völkerbundes am Sanierungsplan vornommen will. Die Finanzvertreter des Völkerbundes haben die Einführung des neuen Solltarifs abgelehnt. Die Warenausgabensteuer soll statt auf drei Prozent nur auf ein Prozent festgesetzt werden. Ueber den Abbau der Beamten verläutet, daß die Regierung bis Mitte Juni 1924 100.000 Beamte zu entlassen beabsichtigt. Bis Ende 1922 sollen 25.000 Vertragsbeamte entlassen werden und dann jedes Jahr 25.000 Beamte. Die Regierung soll weiter beschließen, den Wiener Telefonbetrieb zu verkaufen. Es liegen schon zwei Angebote vor, ein französisches und ein amerikanisches.

Die Gemeinderatswahlen in Wien.

London, 2. November. (Fisch. P. B.) Der „Times“ zufolge haben nach den bisherigen Ergebnissen der Gemeinderatswahlen in der Provinz die Konservativen 101 Siege gewonnen und 12 verloren, die Liberalen 33 Siege gewonnen und 11 verloren, die Arbeiter fünf Siege gewonnen und 168 verloren, die Unabhängigen 37 Siege gewonnen und 19 verloren. Die Ergebnisse der Londoner Wahlen bis 1.30 Uhr morgens zeigen, daß die Arbeiter in verschiedenen Wahlbezirken, wo sie früher die Mehrheiten hatten, schwere Verluste erlitten haben. In Southwark, Süd-London verloren sie alle 30 Sitze, ferner 13 Sitze in Greenwich, 23 Sitze in Comberwell, in Fulham West-London, verloren die Arbeiter alle 24 Sitze, in Plymouth sieben und Liverpool neun Sitze.

Die Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten.

London, 2. November. Den Wählern zufolge sind bisher beinahe 1400 Kandidaten für die Wahlen zum Unterhause aufgestellt. Obgleich die Konservativen zwei Gruppen unter Führung von Bonar Law beziehungsweise Chamberlain bilden, handeln sie in Uebereinstimmung, um ihrer Partei möglichst viele Sitze zu verschaffen und es sind nur einzelne Fälle von Gegenständen zu verzeichnen. Dagegen tritt die Spaltung zwischen den Nationalliberalen und den unabhängigen Liberalen deutlicher zutage und die beiden Gruppen bekämpfen sich in einer Anzahl von Distrikten. Was die Arbeiterpartei betrifft, so ist erwähnenswert, daß durch sie zahlreiche aus den Freien Berufen stammende Kandidaten aufgestellt werden, darunter eine Anzahl Rechtsanwälte und Schriftsteller. Unter letzteren der bekannte Roman-Schriftsteller Wells.

Auffschneidereien Lenins.

Moskau, 1. November. (Russische Telegraphenagentur.) In der heutigen Sitzung der 4. Tagung der allrussischen Zentralregierung hielt Lenin eine Rede, in der er die Befestigung des Fernen Ostens durch die rote Armee als Sieger über die letzten Reste der Gegenrevolution und als Sieg der russischen Diplomatie begrüßte. Lenin betonte, der vor der Tagung angenommene Arbeitskodex lege die Unantastbarkeit des Achtstundentages und andere Grundlagen der Arbeitergesetzgebung in einem Augenblicke kategorisch fest, wo die internationale Bourgeoisie zur Offensive gegen die Arbeiterklasse übergehe. Das industriell zurückgebliebene Rußland werde in kurzer Zeit das kapitalistische Ausland technisch einholen. Durch die Annahme des Bodenkodex habe die Sowjetmacht das Bündnis zwischen Bauern und Arbeiter gestärkt. Das neue Gesetz über das Gerichtsverfahren könne dem Auslande als Beispiel vorgeführt werden. Die Ausführungen Lenins fanden stürmischen Beifall.

Ablehnung des Sultans.

Paris, 2. November. (Havas.) Die „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel meldet, hat die Nationalversammlung die Ablehnung des Sultans proklamiert und Kiasim Kara Bekir Pascha zum Gouverneur von Konstantinopel ernannt. Sie hat sich vorbehalten, den Staatschef ohne irgend welche dynastischen Rechte zu wählen. Weiters wird die Souveränität des Volkes verkündet und die Bezeichnung der Türkei als „Ottomanisches Reich“ in „Türkischer Staat“ umgewandelt.

Rußland kündigt den Remontvertrag.

London, 2. November. Die Sowjetregierung hat mitteilen lassen, daß sie den russisch-türkischen Vertrag zum 1. Dezember kündigt. Das russische Vorgehen ist die Antwort darauf, daß die Remontisten nicht genügend darauf hintwirkten, die volle Teilnahme Rußlands an den Friedensverhandlungen durchzusetzen. Eine Klausel des russisch-türkischen Vertrages bestimmt, daß der Vertrag außer Kraft trete, falls Angora ohne die Teilnahme Rußlands in Verhandlungen mit den Alliierten eintrete.

Tages-Neuigkeiten.

Proletarisches Elend und bourgeoise Kultur.

Bei einer Razzia in den Ostrauer Quartieren „Armenhaus“ und „Wurstfabrik“ wurden etwa 100 Personen festgenommen; darunter befanden sich 25 zum Teil geschlechtsranke Frauen. Bei der Razzia wurde festgestellt, daß in einem der Quartiere ein sechsjähriges Kind in einer Kohlenkiste schlafen muß.

So meidet es trocken und müchtern vor einigen Tagen die „Ostrauer Morgenzeitung“. Der Bourgeois, der beim Frühstück dieses — sein — Blatt in die Hand nahm und die Notiz über die Razzia las, hat jedenfalls „Um Gottes willen, das arme Kind!“ gerufen, hat dann tröstlich die Schultern zusammengezogen und — das Blatt beiseite gelegt. Und dachte rasch an etwas anderes, denn an Elendviertel und Proletarierquartiere darf ein anständiger Bourgeois nicht denken, zumal wenn dort so geschlechtsranke Eltern wohnen, die ihr Kind in der — Kohlenkiste schlafen lassen. Da geschieht es ihnen schon ganz recht, den bösen Menschen, die dort in der dunklen Baracke leben, daß sie festgenommen werden. Denn was hat ein anständiger Mensch mit Prostituierten und dergleichen Gestalten zu tun, namentlich wenn sie — wie gemeint! — noch dazu geschlechtsranke sind. Der Bourgeois, der so denkt und seine Kinder zu sohem Denken erzieht, fühlt sich turmhoch erhaben über den — Gestalt, das die engen Zellen der Wachsruhen füllt. Mit Grauen schiebt er die Gassen, in denen das Lumpenproletariat wohnt, weil er Angst hat, die verkommenen, erbarungs-würdigen Schotten von Menschengehalten könnten auf ihn zu stürzen und könnten ihm seine Schuld mit ihren vom Branntwein heißeren Stimmen in sein feistes Gesicht schreiben.

Aber er braucht ja keine Angst zu haben! Es stehen ihm doch so viel Säuborgane zur Verfügung, die auf einen tiefen Wink bereitstehen, um seine Angreifer sofort in ihre Wehrhöhlen zurückzutreiben. Denn Ordnung muß sein! — Wer könnte sonst auch unsere heutige — Kultur beschreiben? Ein schönes Wort übrigens, das Wort „Kultur“!

Kapital und Arbeit — identisch zu 25 Prozent. Man mag noch so alt werden — die Klugheit, die gründliche wissenschaftliche Erkenntnis und das große Herz der Deutschen lernen man doch nicht aus. Da hat sich beispielsweise dieser Tage ein deutschnationaler „Politiker“, einer von den berühmten „Arbeiterfreunden“, einen Anspruch geleistet, der weiteste Verbreitung verdient. Auf dem Bezirksparteitag der Deutschen Nationalpartei in Jwidau sprach unter anderem auch der KreisparteiSekretär Herrmann. Herrmann ist bekanntlich jener deutschnationale, der zum Scherz und zur Konkurrenz seiner nationalsozialistischen Brüder auch die Arbeiter in nationalen Gewerkschaften zu organisieren versucht. Beflagter Herrmann also prägte in Jwidau folgenden unvergleichlichen Ausspruch, der in der „Reichsbürger Zeitung“ wörtlich wiedergegeben ist:

„25 Prozent aller Interessen der Arbeitnehmer sind mit denen der Arbeitgeber identisch“. Da fehlen ja nur fünf Teile zum Hundert! Und wegen dieser lumpigen fünf Prozent „gründet“ selbiger Herrmann Arbeiterorganisationen? Das steht doch wirklich nicht dafür. Vielleicht

spricht Herr Herrmann doch noch einmal mit den Unternehmern und erucht sie, die fehlenden fünf Prozent nachzulassen. Wir zweifeln nicht an dem Erfolg dieser freundlichen Rücksprache, durch die dann die letzte Differenz zwischen Arbeitern und Ausbeutern, zwischen Arbeit und Kapital beseitigt wäre.

Die Freudenthaler Affäre im „Lichte“ der Journaille. Die „Prager Presse“, zu deren Charakteristik ja nichts Näheres mehr angeführt werden muß, hat in ihrer gestrigen Nummer das Wort zu dem Zwischenfall von Freudenthal ergriffen. Man war ja auf den Rhythmus gefaßt, aber nun ist es notwendig, jeden einzelnen der Töne wiederzugeben, mit denen die „Prager Presse“ die Wahrheit aus der Welt zu blasen versucht. Das ehrenwertere Blatt schreibt:

Wie dieser Tage berichtet wurde, sollte in Freudenthal kürzlich für die dortige Garnison ein Fest veranstaltet werden, das jedoch durch eine von deutschnationaler Seite ausgehende Vöberei zweimal vereitelt wurde. An den beiden Abenden, an denen das Fest angesagt war, wurde die elektrische Beleuchtung unterbunden, so daß die geplante Veranstaltung wieder abgesetzt werden mußte. Nach einer zweiten derartigen Störung kam es, wie gleichfalls schon gemeldet wurde, zu einem Zusammenstoß zwischen deutschen Demonstranten und tschechoslowakischen Soldaten, in dessen Verlauf ein Freudenthaler Bürger, der Zahnmeister Kienzl, durch einen Schuß getötet wurde. Die deutschnationale Presse nahm diesen bedauerlichen Zwischenfall zum Anlaß, um gegen das Militär die heftigsten Angriffe zu richten. Um so bemerkenswerter ist nun die Tatsache, daß eine strenge Untersuchung und eine eingehende sogenannte Gewehrschüsse ergab, daß seitens der Soldaten überhaupt kein scharfer Schuß gefallen ist. Kienzl muß infolgedessen durch einen von der deutschnationalen Demonstranten Seite auf das abziehende Militär abgegebenen Schuß getroffen worden sein. Ob die deutschnationale Presse über den Freudenthaler Zwischenfall so ausführlich referierte, auch über das Ergebnis der amtlichen Untersuchung berichtet wird, ist allerdings eine andere Frage.

Daß die Regierungsblätter das Märchen von der „unterbundenen“ elektrischen Beleuchtung mit Wärme aufwärmen würden, war ja vorauszusetzen. Aber eine Kühnheit sondergleichen und — angesichts des zu beklagenden Todesopfers — auch eine kennzeichnende Niedertracht ist es, wenn die „Prager Presse“ — in gewohnter Weise — den Schützen aus einem tschechischen Soldaten in einen deutschen Demonstranten verwandelt. Und geradezu klaffend ist die Beweiserführung dieses Blattes: die „eingehende sogenannte Gewehrschüsse“. Als ob solch ein Schuß — man muß nur ein wenig das Kasernenleben kennen, um sich da zurechtzufinden — nicht hunderte Gelegenheiten hätte, das abgeschlossene Gewehr noch vor der Birste zu reinigen oder es gar ins Magazin zu werfen und mit einem anderen, nicht im Gebrauch stehenden Gewehr zu vertauschen, deren es doch überall in den Kasernen eine erkleckliche Anzahl gibt! Nein, mit diesem Beweis wird die tapfere Verteidigerin der planmäßig verhetzten Soldateska — feinen Hund vom Ofen hervorlocken und ihre Nachricht von der „strengen Untersuchung“ hat bei uns nicht die geringste Aussicht auf Glauben. Es ist ebenso verwegen wie lächerlich, wenn die „Prager Presse“ mit ihrer Feststellung der „amtlichen“ Untersuchung irgendjemanden die Pflicht zu einem Demont aufzuschwatzen versucht. Wir warten bis man uns — und zwar klipp und klar — das Ergebnis der Untersuchung bekanntgeben wird, dem wir aber — das muß leider vorweggenommen werden — auch nicht sonderlich vertrauensvoll entgegenblicken.

Einen Beitrag zur Wirtschaft bei der Staatsgetreideanstalt dienet nachstehender Fall: Die Bezirkskassantasse in Wintterberg legte am 13. Dezember 1921 durch das Bezirksgetreideamt in Brachau dem oben angeführten Amt die Gesamtrechnung über die Vorforschreibung und Einhebung der sogenannten Brotsteuer mit dem Ersuchen vor, die ihr gebührende Vergütung von 686 Kronen für die Ausgaben bei der Durchführung dieser unbeliebten Steuer zu überweisen. Die Führung der Brotsteuer war von dem Revisor der Staatsgetreideanstalt in tadelloser gehalten Ordnung vorgefunden und der Kasse hierüber auch die Anerkennung ausgesprochen worden. Von der gesamten Vorforschreibung (914.399 Kronen), war bloß ein Betrag von 1286 K nicht einzubringen gewesen. Mit mehrfachen Urzungen wandte sich die Kasse an diese Anstalt, um endlich einen Ersatz für die bereits verausgabten Beträge zu erlangen, Interventionen durch den Reichsverband deutscher Krankenkassen in Prag erfolgten, doch alles vergebens. Nur einmal meldete sich das Staatsgetreideamt in einem Schreiben vom 24. April 1922, mit welchem es einen Erlagsschein von der Kasse zur Ueberweisung verlangte. Aber sonst schloß der „heilige Bürokratismus“ dieses Amtes seinen seligen Schaf weiter. — Wir richten nun an das Ministerium die Anfrage, was es zu tun gedenkt, damit endlich einmal der Kasse zu ihrem Recht verholfen wird und die Auszahlung des Betrages erfolgt, den die Kasse aus den Versicherungsbeiträgen verausgabte hat.

Zur Klage des Genossen Hausmann gegen Hanke. Am 30. September 1921 war unser Genosse Eduard Hausmann von Hanke, dem „großen Gewerkschafter“, als „Gehel“ und „Denunziant“ bezeichnet worden. Genosse Hausmann einvernommen, am 31. März erbot sich leidigung. Am 2. März 1922 wurde Genosse Hausmann einvernommen, am 31. März erbot sich Hanke, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Die Verhandlung wurde auf den 20. Mai, dann auf den 23. Mai und schließlich, als in der Frist von

drei Tagen die Widerlegung der in der Anklage aufgestellten Behauptungen nicht möglich war, auf den 31. Oktober verlegt. In dieser Verhandlung nun suchte Hanke dem Gerichtshof zu beweisen, daß der Ausdruck „Gehel“ keine Verleumdung sei, wogegen der Vertreter Hausmann darlegte, daß es für einen sozialdemokratischen Parteimann keinen ärgeren Schimpf gebe als diesen Ausdruck. Hanke verlangte eine verzehtägige Frist zur Namhaftmachung eines Sachverständigen. Während der Verhandlung über diesen Antrag verriet, zog Hanke ihn zurück. Das Gericht hat aber aus Eigenem in keinem Sinne entschieden und somit Hanke seinen Zweck erreicht. Es sei dies nur festgestellt, weil Hanke nach dem Berichte des Reichsberger „Vorwärts“ über die Gerichtsverhandlung die Sache so darstellt, als ob die Verschleppung nicht durch seinen Antrag hervorgerufen worden wäre.

Das Reglement der Faschistenarmee. Wie jedes Heer undenkbar ist ohne sein bestimmtes Militärreglement, so haben sich auch die faschistische Partei und deren Elementarleitung auf ein alle militärisch wirkenden Elemente der Partei verpflichtendes Reglement geeinigt. Dieses Reglement ist deshalb so interessant, weil es sich eng anschließt an das Reglement der alten römischen Armee und demzufolge auf einer unbedingten Autorität sich aufbaut. Der grundlegende Artikel definiert die Partei „als eine Miliz, die Gott und dem Lande dient“. Infolgedessen muß jeder Soldat den Eid leisten: „Im Namen Gottes und Italiens, im Namen der für die Größe Italiens Gefallenen schwöre ich, mich für immer dem Wohle Italiens zu weihen.“ Das soldatische Aushere bezweckt, „Italien eine neue Männlichkeit zu schenken und das Fundament einer gewaltigen Hierarchie zu schaffen, der die Partei die Geschichte der Nation anzuvertrauen gedenkt.“ Wer sich gegen das Reglement vergeht, ist entweder ein Unreiner, ein Unwürdiger oder ein Verräter. Die Unreinen werden je nach dem Grad ihres Vergehens von ihren militärischen Vorgesetzten bestraft, und zwar ist die höchste Strafe der Ausschluss. Die Unwürdigen und Verräter werden von einem Kriegsgericht abgeurteilt, das jeden Unwürdigen ohne weiteres ausschließt und die Verräter außerdem auf eine nicht näher bezeichnete naheliegende Art bestraft. Alle Soldaten des faschistischen Heeres erhalten außer dem Parteiausweis eine besondere Erkennungsmarke. Die „Aregari“ sind eingeteilt in eigentliche „Prinzipi“ oder Schwarzhemden und „Triari“ oder Reservisten, im Sinne der römischen Miliz. Die ersteren sind Frontkämpfer oder „Ardiri“, die zu den eigenartigen kriegerischen Unternehmungen, z. B. Strafexpeditionen, verwendet werden; die anderen sorgen für die Ordnung im Etappengebiet und die Verproviantierung des rückwärtigen Heeres. Ueber die Zuteilung der Reserveintendenden zur Fronttruppe oder Reserve entscheiden die Kommandanten. Die Führerschaft beruht auf der Voraussetzung, daß Führer der Geeignete wird, der sich einen Anhang verschafft, und ihn durch seine Führerqualitäten behauptet. Die Uniform ist das schwarze Hemd. Wer die Uniform und die Abzeichen nicht mit dem Leben verteidigt, ist unwürdig, sie zu tragen. In ihnen verkörpert sich die Tradition der Ardiri des Krieges. Das Kapitel über die öffentlichen Kundgebungen verbietet, daß jede Kollektivaktion im Einverständnis mit den militärischen und politischen Instanzen der Partei zu geschehen hat. Die Bestimmung über die Parade, die militärischen Ehren, die Einteilung der Regionen und ihrer Gruppen sind in einer besonderen inneren Instruktion festgelegt. Faschisten, die sich auszeichnen, werden durch die faschistische Tapferkeitsmedaille oder sofortige Beförderung belohnt. Die Medaille wird in Gold, Silber oder Bronze geprägt. Sie wird an einem roten Bande mit dreifarbigem Rand getragen. Ueber die Verleihung entscheidet das Triumvirat des Generalkommandos. Die Begründung einer Auszeichnung kann in Tagesgeschehnissen und in der Parteipresse bekanntgegeben werden. Verwundete erhalten ein besonderes Verwundetenabzeichen.

Die Kolonisation Sibiriens. Der Rat der Volkskommissare in Rußland hat den von der sibirischen Wirtschaftskommission ausgearbeiteten Plan der Kolonisation Sibiriens für die nächsten drei Jahre bestätigt. 111 Jahre ist wird Sibirien 300.000 Auswanderer aufnehmen. Die Gesamtfläche des zu kolonisierenden Bodens, der für die Auswanderer bestimmt ist, übersteigt nicht acht Millionen Dessjatin (100 Dessjatin gleich 109 Hektar). Die Ueberfiedelung soll auf Kosten der Auswanderer vor sich gehen und die Regierung soll ihnen nur freie Fahrt auf Eisenbahnen und Wasserstraßen gewähren.

Eine „feine“ Gesellschaft. Die „Pratistlavste Novini“ teilen mit, daß eine auffallend große Anzahl Preßburger ungarischer Christlichsozialer vor dem 28. Oktober nach Ungarn gefahren sei. Dort fanden eben größere Versammlungen der sogenannten „Erwachenden Ungarn“ statt, welche in engem Zusammenband mit den italienischen Faschisten arbeiten. — Da haben nur noch die deutschen Dakentzenler gefehlt.

Ein Brünner Kaufmann in einem deutschen Zuge überfallen, verwundet und beraubt. In einem Abteil 4. Klasse des Personenzuges Hannover-Berlin wurde gestern ein Brünner Kaufmann namens Georg Aslani Stutüberström in Charlottenburg ausgefunden. Er war zwischen Stendal und Spandau von dem einzigen Mitreisenden überfallen, durch mehrere Messerstiche verletzt und sodann aller seiner Wertgegenstände beraubt worden. Der Räuber zwang ihn sodann mit vorgehaltenem Revolver, als er ausstieg, keinen Lärm zu machen. Vom Bahnhof Charlottenburg wurde der Verletzte nach dem Krankenhause Westend gebracht.

Zu Tode gequält. Anna Mikulasek, Arbeiterfrau aus Regl. Weinberge, kaufte ungefähr vor einem Monat von ihrer Schwägerin Anna Jidlicka eine elektrische Wäschemangel, um für den Haushalt gleichfalls beizutragen. Gestern um dreiviertel zwei Uhr nachmittags kam das Dienstmädchen Stanislava Chodlova aus der Jungmannstraße in die Wohnung der Mikulasek, um dort Wäsche zu mangeln. Als das Dienstmädchen die Mikulasek nicht fand, durchsuchte sie die Wohnung und sah sie, daß die Mikulasek zwischen der elektrischen Mangel und ihrer Zeitenuwand eingeklemmt war. Das Dienstmädchen wollte die Mikulasek befreien, konnte sich aber im Mechanismus der Wäschemangel nicht aus und deshalb rief sie die frühere Besitzerin herbei, welche den elektrischen Strom ausschaltete. Als die Mikulasek befreit war, fiel sie tot zur Erde und der Arzt stellte fest, daß ihre inneren Organe zerquetscht waren. Die Leiche wurde in das pathologische Institut überführt. Die polizeiliche Untersuchung über den Vorfall wurde eingeleitet.

Die Befreiung vom Religionsunterricht in den Prager Schulen. In der letzten Sitzung des Prager städtischen Schulausschusses wurde ein Bericht über Gesuche von Eltern erstattet, die im Sinne des kleinen Schulgesetzes um die Befreiung ihrer Kinder vom Religionsunterricht angeht haben. Von diesem Recht haben 5,92 Prozent der katholischen Eltern, 8,56 Prozent der Eltern der römisch-katholischen Konfession, 5,67 Prozent der Eltern der Konfession der böhmischen Brüder und 11,20 Prozent der Eltern jüdischer Konfession Gebrauch gemacht. Im ganzen wurden 891 Kinder vom Besuch des Religionsunterrichtes befreit.

Er wollte den Vater ermorden. In Weidling in Wien gab am Dienstag nachts der 18jährige Real- schüler Ernst Haberl während eines Streites auf seinen Vater einen Revolvererschuß ab und verletzte ihn im Gesichte schwer. Haberl lebte mit seinem Vater im Unfrieden, den er nach seiner eigenen Angabe haßte. Nach der Tat entfloh der Sohn, stellte sich jedoch später selbst der Polizei. Bei der Einvernahme gab er an, daß sein Vater vor einigen Tagen seine Schwester beschimpft habe und daß er (der Sohn) dadurch in große Erregung geraten sei. Er habe den Revolver des Vaters zu sich genommen und habe ihn, als ihm der Vater Dienstag nachts wegen seines späten Nachhausekommens Vorwürfe gemacht habe, ohne Überlegung in dessen Gesicht abgeschossen. Haberl zeigt keinerlei Anzeichen von Reue; er wurde wegen versuchten Mordes dem Landesgerichte eingeliefert.

Von seinem Kameraden angeschossen. Auf dem Nieglerstraße in Nürnberg wurde am Montag ein Soldat, der seinen Kameraden von der Wache abholte, von diesem angeschossen. In tödlich verletztem Zustande wurde der Soldat in das Kaiser-Krankenhaus gebracht. Die Untersuchung des vollständig rätselhaften Falles ist im Gange.

Furchtbare Verrohung. Am 16. Oktober wurden von der hiesigen Gendarmerie ein gewisser Ludwig Medaek und Karl Distant verhaftet. Medaek war im vorigen Jahre mit dem Vatermörder Koval und dem Räuber Pflieger aus dem Leitmeritzer Kreisgerichte entflohen. Nach ihrem eigenen Geständnisse hatten sie in Livob ein Gestüt ausgebrochen. Einer Leiche nahmen sie einen Sabel ab, den sich Medaek umgürtete; dann nahmen sie aus einem Sack die Leiche eines Mädchens, mit der sie dann in der Grotte tanzten. Sie haben nach ihren eigenen Angaben so viele Diebstähle verübt, daß sie ihre Gesamtzahl nicht einmal nennen können. Schließlich gestand auch Distant, daß er in Österreich einen Mord verübt hat.

Aufhebung des Brückengeldes auf der Sophieninsel in Prag. Vom 1. November anfangen wird das Brückengeld auf der nach der Sophieninsel führenden Brücke, das bisher mit dem Betrage von vier Heller pro Person von jedem Besucher der Sophieninsel entrichtet werden mußte, aufgehoben.

Gerichtssaal.

Das eigene Weib totgeschlagen.

(Egerer Schwurgericht.)

Am Dienstag hatte sich vor den Geschworenen in Eger der Schuhmacher Johann Morbach aus Stolzenhain wegen Totschlages an seiner Gattin zu verantworten. Morbach hat am 8. September d. J. seine Gattin, die er seit Jahren mißhandelt, so geprügelt und geschlagen, daß sie an den Folgen dieser Behandlung starb. Die Ehe der Morbach war unglücklich, da der Mann, der das zweite Mal verheiratet war, ein äußerst streitsüchtiger Mensch ist und seiner Frau Ehebruch vorwarf. Am 8. September hat sich Morbach, der mit seiner Frau und seinem Knaben, der sich den Arm gebrochen hatte, beim Dr. Reinwardt in Gottesgab war, in einem Gasthause in Oberwiesenthal aufgehalten und dort erzählt, er habe aus den Karten gelesen, daß seine Frau in 14 Tagen nicht mehr leben werde. Als Morbach dann nach Hause kam, begann er, seine Frau, die hoch schwanger war, zu mißhandeln. Die Mißhandlungen der armen Frau wurden von allen Nachbarn gehört. Spät in der Nacht lief dann Morbach aus dem Hause weg. Seine Frau erlitt ihm nach und stürzte blutüberströmt vor der Haustür zusammen. Morbach holte die Hebamme, die jedoch keine Anzeichen einer bevorstehenden Geburt finden konnte und den Arzt verständigte. Bevor aber dieser kam, war Frau Morbach bereits tot. Nach den Aussagen der Gerichtsärzte trat der Tod durch Verblutung aus dem Unterleibe ein. Die Blutungen wurden durch Schläge oder Druck auf den Unterleib herbeigeführt. Auch am Kopfe wies die Leiche schwere Hiebverletzungen auf, die ebenfalls mit den Tod herbeigeführt haben konnten. Nach durchgeführtem Beweisverfahren bejahten die Geschworenen die Frage auf Totschlag einstimmig, worauf Morbach vom Gerichte zu acht Jahren schweren Kerker mit einer Feste vierteljährlich verurteilt wurde.

Der Prozeß des Dr. Hermes gegen die Freiheit.

Am Dienstag vormittags begann vor der 9. Strafkammer des Landesgerichts I Berlin der Prozeß des Reichsfinanzministers Dr. Hermes gegen die „Freiheit“. Der Streitgegenstand ist bekannt. Es handelt sich um die Weinbezüge des Reichsfinanzministers Dr. Hermes. Verteidiger des Angeklagten, des früheren „Freiheit“-Redakteurs Robert Henjels, sind Rechtsanwalt Dr. Levi und Rechtsanwalt Dr. Boehnlein. Verteidiger von Dr. Hermes ist Dr. Alsborg, derselbe Alsborg, der den Prozeß Hesserich gegen Czuberger führte. In Beginn der Verhandlung verurteilte der Vorsitzende, Landesgerichtsdirektor Dr. Rehn, einen Vergleich herbeizuführen. Dieser Versuch mißlang. In einer Erklärung, die Redakteur Henjels verlas, wird betont, daß die Verhandlung über die Frage der Sprungpunkte des Falles darin liege, ob ein Beamter Geschenke annehmen dürfe oder nicht. Zunächst dreht sich die Verhandlung um die Frage der Zuerstverurteilung. Dr. Hermes erklärt, das bis zum Dezember 1920 übliche System der Zuweisung habe versagt, und deshalb seien schließlich die Klagen der Winger direkt an die Reichsbehörden gelangt. Unabhängig von den Eingaben des Wingerverbandes habe eine Aussprache im Reichstag mit Vertretern der Winger und rheinischen Abgeordneten stattgefunden, die den Anstoß zu einer Änderung des Zuweisungssystems gegeben habe. Rechtsanwalt Dr. Levi fragt nun Dr. Hermes, ob der Wingerverband der erste Verband gewesen sei, an dem man das neue System erprobt habe. Dr. Hermes antwortet: „Nein, die Eingaben des Wingerverbandes seien geschäftsmäßig behandelt worden. Schließlich spielt sich das Frage- und Antwortspiel soweit zu, daß Dr. Levi an Hermes die Frage richtet, ob er bei jener Aussprache im Reichstag am 17. Dezember und bei

der nachfolgenden Sitzung am 18. Dezember, als der Umschwung zum Zuweisungssystem erfolgte, an seine Weinbezüge gedacht habe. Dr. Hermes wird über diese Frage etwas erregt. Er verneint die Frage. Die Frage über den Handelswert und über die Produktionskosten der gelieferten Weine bringt für Dr. Hermes bellemmende Augenblicke. In die Angelegenheit, gibt Dr. Hermes zu, daß er nie mehr so gungläubig bei derartigen Anlässen handeln werde, wie er es in der Weinlieferungsaffäre getan habe. Nach wie vor behauptet er, daß ihm das Bewußtsein, verdächtige Geschenke empfangen zu haben, völlig gefehlt habe. Zum Schluß des ersten Verhandlungstages erinnert Rechtsanwalt Dr. Boehnlein Herrn Hermes daran, daß er in dem Prozeß des Ministerpräsidenten Brauns gegen die „Magdeburger Zeitung“ im Gegensaß zu seinem eigenen Verhalten in der Weinlieferungsaffäre erklärt habe, ein Minister dürfe in der Öffentlichkeit auch nicht einmal den Anschein erwecken, daß etwas nicht mit rechten Dingen zugehe.

Berlin, 2. November. (Eigenbericht.) In dem Vebeldigungsprozeß des Reichsfinanzministers Hermes gegen den Redakteur der „Freiheit“, Henjels, beantragte der Staatsanwalt Gefängnis von drei Monaten. Er erklärte, der Beweis sei nicht erbracht worden, daß Korruption in dem Ministerium herrsche. In den Weinbezeugungen sei nichts Anstößiges zu erblicken. Der Verteidiger führte dagegen an, daß in dem Verhalten des Ministers zwar keine Bestechung, wohl aber ein Verstoß gegen die Gesetze zu erblicken sei. Der Minister habe Geschenke für seine amtliche Tätigkeit angenommen, die Angriffe der Presse seien daher berechtigt. Er verlangt Freispruch. Das Urteil dürfte Samstag ge-

Kleine Chronik.

Grubenunglück in Lupeny (Rumänien). Dienstag ereignete sich im Selenenschacht in Lupeny ein Explosionsunglück, dem sieben Bergarbeiter zum Opfer fielen. Am Dienstag erhielten sieben Arbeiter des Schachtes den Auftrag, die Verbindungen zu einer zirka 160 Meter tiefen Grubenader herzustellen. Raum waren die Arbeiter eine Viertelstunde an der Arbeitsstelle als eine gewaltige Explosion die ganze Umgebung erschütterte: das Grubengas explodierte. Aus den übrigen Läufen flüchteten die Arbeiter entsetzt ins Freie. Die sieben Arbeiter aber wurden von der Welt abgeschlossen. Mit den Rettungsarbeiten wurde sofort begonnen. Vorerst konnte man nur soviel feststellen, daß die sieben Arbeiter verlosoren sind. Erst später fand man ihre Leichen. Die Untersuchung ist im Gange. Es ist dies die zweite Grubenkatastrophe, die sich innerhalb kurzer Zeit im Selenenschacht in Lupeny ereignet hat.

Ein brennender Berg. Wie aus Kassel gemeldet wird, bereiten sich in dem sogenannten „König der heiligen Berge“, im Meißner, geheimnisvolle Dinge vor. Unweit einer der höchsten Stellen, in der Nähe des romantischen Schwalbentales, sind riesige Felsmassen in Bewegung geraten, bröckeln und wandern. Alles deutet auf einen Bergbruch hin, der wahrscheinlich mit dem unterirdischen Brand in Verbindung steht. Dieses Feuer im Berge muß eine gewaltige Ausdehnung besitzen. Darauf läßt schließen, daß sich zahlreiche Erdböher in dem gefährdeten Gebiete gebildet haben, aus denen überkühende Dämpfe aufsteigen. Um das Holz nicht zu beschädigen, hat die Forstverwaltung den alten Baumbestand dieser Gegend niederlegen lassen, sodas der festige Berg mit einem Felde von Baumstümpfen einen unwirtlichen, in seinem Chaos aber großartigen Eindruck macht. Da der Berg toshelaltig ist, kann angenommen werden, daß jahrtausende langer Druck des Gebirges diese Kohle zu Entzündung gebracht hat. Ein unterirdisches Feuer, das wiederholt angebohrt worden ist, loht auch in den etwa sechs Stunden vom Meißner

entfernten Braunkohlengruben Oberkaufungen bei Kassel.

Die Hungerinsel. Prof. Raemmlan Brown, ein australischer Ethnologe, berichtet in einer Zeitung Neuseelands über eine Studienreise nach der Osterinsel, jenem weltverlorenen hilenischen Eiland im südlichen Teil des Stillen Ozeans, das außerhalb des Arctes der transantlantischen Schiffslinien liegt, und das durch die fast fünf Meter hohen Steinbilder, die sich auf einer 25 Meter langen Grundmauer erheben, und die mit Zeichen und Figuren bedeckten Böden ein wissenschaftliches Rätsel aufgibt. Die Insel, auf der Prof. Brown fünf Monate zubrachte, hat Dreiecksform und ist 118 Quadratkilometer groß. Sie ist vulkanischen Ursprungs und erhebt sich bis zu 559 Meter. Obwohl sie mitten in der unendlichen Wasserwüste des Ozeans liegt, ist sie außerordentlich fruchtbar. Da Flüsse vollständig mangeln, ist auch die Vegetation verkümmert, ebenso der Baumwuchs, da sich die Bäume wegen der furibunden Stürme, die im Winter herrschen, nicht behaupten können. Infolge des Fehlens von Wärmern in der Erde gibt es auch keine Landvögel auf der Insel. In neuester Zeit sind Geilen und Wasserjungfern eingeführt worden, die sich auch rasch über die ganze Insel verbreitet haben. Einheimische Mestizos sind nicht vorhanden, dafür aber zwei besondere Sorten von Fliegen, die, wie Prof. Brown erzählt, „das Leben zur Hölle machen“. Aus den natürlichen Bedingungen und der Beschaffenheit der Denkmäler schließt der Forscher, daß die menschliche Besiedelung der Insel nicht sehr weit zurückreicht. Als das wohl um 1686 zuerst gesichtete Eiland im Jahre 1722 durch Roggeveen entdeckt wurde, lebten dort 2000 Menschen, die sich kaum vor 1600 dort sesshaft gemacht haben dürften. Heute besteht die Einwohnerzahl noch aus kaum 300 Polynesiern, die sich angesichts der Unfruchtbarkeit des Bodens durch Hungern müssen. Sie verehren als Gott ein Ungeheuer, das den Kopf eines riesigen Vogels und den Leib eines Fisches hat. Sein Mythos erinnert an den vom Walfisch des Jotas. Man nennt die Namen von Menschen, die er verschlungen und wieder ausgespien haben soll.

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz der Vertrauensmänner des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Mähren.

Mittwoch den 1. d. M. fand in Brünn, in den Räumen des Parteisekretariats eine Konferenz der mährischen Vertrauensmänner des deutschen Gewerkschaftsbundes für die Tschechoslowakei statt. Für die Zentralgewerkschaftskommission waren die Genossen Macoun, Seeger und Diel erschienen; von seiten der mährischen Landesparteivertretung nahmen die Genossen Dr. Czech, Dzrazil und Weller an dieser Konferenz teil. Die Tagesordnung beinhaltete als wichtigsten Punkt die Reorganisation der gewerkschaftlichen Organisationen in Mähren. Eröffnet wurde die Beratung von Genossen Macoun. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Seeger gewählt. Nach dem einleitenden, ausführlichen Referat des Genossen Macoun wurde in die Debatte eingegangen, an der sich sämtliche Anwesende beteiligten. Es wurde beschlossen, ein engeres Komitee zu wählen, welches bis 1. Januar 1923 einen Reorganisationsplan auszuarbeiten hat, in welchem auf Brünn als Sitz eines Kreisgewerkschaftssekretariats für Brünn, Schönbengst und Zidmähren Bedacht zu nehmen ist. Der Reorganisationsplan ist dann der Gewerkschaftskommission zur Beschlussfassung vorzulegen. Nach der Wahl des engeren Komitees wurden interne Angelegenheiten beraten. Nach sechsstündiger Dauer fand die Konferenz, die der Entfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Mähren gute vorbereitende Arbeit geleistet hat, ihren Abschluß.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Galenslee.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (3)
Autor. Uebersetzung von Hermannia zur Wahlen.

Der Fremde stand neben mir und legte abermals die Hand auf meinen Kopf. Es war schier ein Wunder, wie das Dröhnen und Hämmern in meinem Schädel aufhörte, tiefer Friede mich überkam. Mein Gesicht mochte wohl dieses Gefühl ausgedrückt haben, denn der Kinoträger der Western City „Times“ betrachtete mich mit einem belustigten Lächeln. Ich konnte seine Gedanken erraten, als habe er sie ausgesprochen: „Bei Gott, eine richtige Hypnose!“

8.

Ich fühlte mich so wohl, daß mir einerlei war, was geschah. Für eine kleine Weile schloß ich die Augen, öffnete sie dann wieder und blickte mich träge um. Ich bemerkte, daß alle Frauen Zimmermann beobachteten. Sie hatten die Köpfe gewandt, ihre Augen hingten an ihm. Ich dachte: dieser Mann wird Gift bei den Damen haben; wie die Ander mit der weichen braunen Haut und den großen dunklen Augen.

Tiefe Stille herrschte, dann ertönte plötzlich ein Stöhnen auf. Zimmermann fuhr zusammen, zog seine Hand von meinem Kopfe fort. In das Zimmer mündeten etwa zwölf geschlossene Türen. Der Laut kam aus der uns zunächst befindlichen Tür. „Was ist das?“ fragte ich Rosythe. „Gott weiß, das kann man an diesem Ort der Hölle nie wissen.“

Schon wollte ich mich erkundigen, was für ein Ort dies denn sei, da ertönte abermals das

Stöhnen, lauter, gedehnter: D—o—o—o—oh — Es endete in einer Art Explosion, als sei der Stöhnende geplatzt.

Zimmermann hatte sich umgewandt, strebte der Tür zu, blieb dann zögernd stehen. Meine Augen folgten ihm, hielten sich dann auf den Kritiker, der, ein breites Grinsen auf dem Gesicht, Zimmermann beobachtete. Aufscheinend erhoffte er eine Belustigung, wollte sich rächen.

Der Ton ertlang abermals, lauter, schmerzlicher. Er wiederholte sich in regelmäßigen Abständen, endete stets mit der Explosion. Ich betrachtete Zimmermann; er gemahnte an ein junges Pferd, das über sich die Peitsche knallen hört. Es wird immer unruhiger, macht bei jedem Peitschenknall einen großen Satz, doch ist es verwirrt, weiß nicht, was der Lärm bedeutet, weiß nicht, wohin es laufen soll.

Zimmermann blinnte von einem zu anderen, ersuchte unsere Gesichter. Er betrachtete auch die weiblichen Paradiesvögel in den bequemen Lehnstühlen; keiner von ihnen rührte einen Muskel, ausgenommen jene Muskeln, deren die Augen bedurften, um ihm zu folgen. Diese Dual, was immer auch sie veranlassen mochte, ging sie nichts an. Und dennoch war es das Jammern einer gefolterten Frau. D—o—o—o—oh.

Zimmermann wollte die Tür öffnen. Seine Hand streckte sich aus, wurde dann wieder zurückgezogen. Von zwei Regungen hin und her gerissen, schritt er im Zimmer auf und ab, und da niemand auf seine Worte zu achten schien, begann er vor sich hin zu murmeln. Bisweilen erfaschte ich einen Satz: „Des Weibes Los“ oder „Der Preis des Lebens.“ Dann vernahm ich wieder das furchtbare, explodierende D—o—o—o—oh. Es schien aus Zimmermanns Seele einen Schrei zu pressen: „Erbarme dich!“

Anfangs hatte der Kritiker versucht, seine Belustigung zu verbergen, allmählich jedoch wurde sein ganzes Gesicht ein einziges ungeheuer-

liches Grinsen; er schaute fast teuflisch aus. Ich sah, daß dies Zimmermann immer mehr und mehr reizte. Er warf einen Blick auf Rosythe, wandte sich dann abgesetzt ab. Schließlich bemühte er sich, seine Gefühle zu beherrschen, trat zum Kritiker und sagte sanft: „Mein Freund, für jeden Menschen, der auf der Welt lebt, hat eine Frau den Preis des Lebens bezahlt.“

„Den Preis des Lebens?“ wiederholte Rosythe verwirrt.

Zimmermann wies mit mit einer Gebärde nach der Tür. „Wir stehen vor diesem ewigen Geheimnis, diesem ewigen Entsetzen; es geziemt sich nicht, daß Sie höhnen.“

Das Grinsen verblaßte auf des anderen Gesicht, er runzelte die Brauen, sagte: „Ich verstehe Sie nicht, Freund. Was kann ein Mann damit?“

„Er kann zumindest sein Herz neigen, dem Frauentum seinen Tribut zollen.“

„Das ist mir zu hoch. Diese Törinnen werden ja nicht dazu gezwungen; es ist ihre freie Wahl.“

Zimmermann fragte: „Haben Sie nie daran gedacht, daß es Gottes Wahl sein könnte?“

„Herrgott nein, das ist mir nie eingefallen.“

In diesem Augenblick öffnete sich eine der Türen. Rosythe wandte sich um, rief: „Ah, Madame Blanchet. Kommen Sie, erzählen Sie, was da geschieht.“

9.

Eine dicke Frau, die einem Pariser Modedjournal entstieg, schien, watschelte durchs Zimmer, lächelte willkommenerweise: „Ah, Herr Rosythe!“ Von ihren Ohren hingten schwarze Ohringe herab, ihr Gesicht war weiß, die Lippen zwei scharlachrote Striche. Sie streckte dem Kritiker beide Hände entgegen, und er fragte lachend: „Antworten Sie, Madame: führt Gott die Damen an diesen Ort?“

„Ziherlich, Herr Rosythe. Der Gott der Schönheit bringt sie zu uns. Und der kleine Gott mit dem goldenen Pfeil, den rosigten Wangen und dem winzigen Grübchen... dem Grübchen, das wir für zweihundert Dollars das Stück herstellen, was, Herr Rosythe? Es bringt die Damen zu uns.“

Der Kritiker wandte sich um. „Madame Blanchet, gestatten Sie mir, Ihnen Herrn Zimmermann vorzustellen. Er ist ein Mann der Wunder, heilt Schmerzen, heilt durch die Liebe.“

„O, wie interessant. Wie aber, wenn die Liebe selbst Schmerz ist — wer soll dann den Schmerz heilen, wie, Herr Zimmermann?“

D—o—o—o—o—o—oh jammerte die Stimme.

Rosythe meinte: „Herr Zimmermann glaubt, Sie verursachten den Damen zu große Schmerzen; dies quält ihn.“

„Ah, den Damen ist es doch einerlei. Schmerz? Was ist Schmerz? Die Dame, die da stöhnt, kann sich nicht bewegen, deshalb ist sie unglücklich. Auch ist sie ein wenig verwirrt, will stets, daß alles nach ihrem Willen geht. Aber die Schmerzen werden verschwinden, sie wird schön sein, ihr Gatte wird sie mehr lieben, sie wird glücklich sein.“

D—o—o—o—o—oh jammerte es aus dem anderen Zimmer, und Madame Blanchet plauderte weiter: „Ich sage immer: schreit nur ordentlich! Das hilft Niemand wird darüber erschrecken, denn hier sind wir alle Arbeiter des Gottes der Schönheit — sind bereit, alle Leiden zu ertragen, die er von uns fordert; nicht wahr, Herr Zimmermann?“

Zimmermann starzte sie an. Ich hatte auf seinem Gesicht noch nicht eine derartige Konzentration gesehen. Er versuchte, das ganze ihm so östlich Unsagliche zu begreifen.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Deutsch-tschechoslowakische Wirtschaftsverhandlungen. Seit Montag, den 30. Oktober finden in Dresden zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei Wirtschaftsverhandlungen statt. Verhandelt wurden die Frage der Valutaverhältnisse der deutschen Privatversicherungsaufstellen, worüber noch Schlussverhandlungen stattfinden werden. Eine Einigung wurde bereits bezüglich der Ausfuhr von Hopfen und Holz nach Deutschland erzielt.

Abbruch der Verhandlungen in der Glas- und Porzellanindustrie. Die Unternehmer in der Glas- und Porzellanindustrie haben dem Betriebsausschuss mitgeteilt, daß sie die Löhne der Arbeiter um 30% herabzusetzen beabsichtigen. Bei den in Karlsbad stattgefundenen Verhandlungen haben nun — wie die „Bohemia“ berichtet — die Vertreter der Arbeiterschaft eine Lohnherabsetzung von 15% vorgeschlagen, zu der vom 1. Dezember ab eine weitere um 10% treten soll. Demgegenüber verlangen die Unternehmer bis zum 11. November 25%, hernach 30% Herabsetzung aller Löhne. Diesen Vorschlag haben die Vertreter der Arbeiterschaft abgelehnt, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Eine weitere Firma ist die Sutfabrik J. Hüdel's Löhne in Reuttsheim, welche mit einem Terror tendenziösen ihre Arbeiterschaft zu Isotoren und Sklaven herabdrücken will. Man muß sich an den Kopf greifen und fragen, wie lange man noch diese gegen die Arbeiterschaft tollwütig gewordene Mäntel der Hüdel toben lassen wird? Arbeiter hat man Verbrechern gleichgestellt und über sie Monate von Kerkerstrafen verhängt, weil sie ihren Herren nach vorausgegangener wochenlanger Peinigung einmal vorgeschrieben, daß die Fabrik nicht ihnen allein gehöre, sondern mit den Anochen der Arbeiter aufzubauen wurde. Die Herren Hüdel aber, welche weder Gesetz noch Recht achten und welche schon hundertmal die für die Arbeiter geschaffenen Schutzgesetze mit Füßen getreten, diese Herren bleiben ungestrafen. Ihr preisgekaufter Haß und Nachschub: richten sich gegen die Organisation und ihre Vertrauensmänner. Mehr als 20 Vertrauensmänner wurden bei dieser Firma bereits auf Pflaster gesetzt, auf einer schwarzen Tafel mit vollem Namen auf offener Straße als Terroristen ausgehängt. In keinem Betrieb gibt es für diese Opfer des Unternehmerterrors, die nichts anders verbrochen haben, als daß sie Vertrauensmänner waren, eine Beschäftigung. Der Vorsitzende des Wahlausschusses wurde eine Woche vor seiner Wahl in den Betriebsausschuss auf Pflaster gesetzt, obwohl er 15 Jahre bereits im Betrieb war und fünf kleine Kinder und eine alte Mutter zu ernähren hat. Mit einer Kalblütsigkeit ohnegleichen erklärte Herr Fris Hüdel bei der Schiedskommission, „warum soll ich nicht den größten Feind der Firma, den Vertrauensmann entlassen?“ Und weil der Unternehmerklasse in diesem demokratischen Staate alles so schon klar abgeht, weil die Hüdel's durch diese lächerlichen Urteile bei der Schiedskommission direkt zur weiteren Verfolgung der Arbeiter aufgemuntert werden, deshalb hat ihr Verfolgungswahn keine Grenzen mehr. Man kann sich vorstellen, was sich Hüdel denkt, wenn der Vorsitzende der Schiedskommission, Herr OGM. Dr. Herrmann, erklärt, „man könne doch einen Unternehmer nicht zwingen, einen Arbeiter wieder zurück in die Arbeit zu nehmen.“ Der besondere Haß der Firmeneinhaber richtet sich gegen den Betriebsausschuss. Gelang es doch bei allen bisherigen Verhandlungen bei der Schiedskommission so manchen unerhörten Kräfte Ungerechtigkeiten aufzubringen und den Gesandten des Gentleman Hüdel zu verdammen. Und dieses geringe der Arbeiterschaft gewährleistete Recht, welches die Betriebsausschüsse besitzen, will die Firma Hüdel der Arbeiterschaft mit rücksichtslosem Terror entreißen. Schon im Mai d. J. hat man nach einer Verhandlung bei der Schiedskommission, welche mit einem Schuldspruch für die Firma endete, eine Kundmachung im Betrieb angehängt, in welcher man die Arbeiterschaft gegen den Betriebsausschuss aufhetzte. Nun hat diese Woche neuerlich eine Verhandlung stattgefunden, in der es sich um die Entlassung eines 15 Jahre bei der Firma beschäftigt gewesenen Arbeiters handelte. Die Entlassung wurde nun von der Schiedskommission als ungerecht und hart besunden und die Firma verurteilt, den Arbeiter entweder wieder in die Arbeit zurückzunehmen oder ihm einen anderen Arbeitsort zu besorgen oder ihm vom Tage der Entlassung gerechnet, den Lohn für vier Wochen als Entschädigung zu bezahlen. Auf diese Entscheidung folgte ein neuer Gewaltakt seitens der Firma nicht nur durch ihren Vertreter bei der Schiedskommission selbst, sondern auch im Betrieb gegen den Betriebsausschuss. Am Mittwoch, den 25., war die Entscheidung und noch am selben Tage wurden dem Betriebsausschuss neue Verfolgungen angekündigt. Schon am nächsten Tage prangte nun zum zweitenmal bei dieser Firma eine Kundmachung, in der wegen der Beschwerde des Betriebsausschusses die Arbeitszeit eingeschränkt und so die Arbeiter gegen ihre Vertrauensmänner aufgebracht wurden und der Betriebsausschuss durch diesen Druck an der Ausübung seiner gesetzlichen Pflichten gewaltsam gehindert wurde. Die Vertrauensmänner sollen bei der Arbeiterschaft in Mißkredit gebracht werden, damit sie es ja nicht mehr wagen, sich der Opfer des maßlosen Unternehmerterrors irgendwie anzunehmen. Daß

die Firma Hüdel sich solche Gewohnheiten gegenüber der Arbeiterschaft zurecht gelegt hat, ist auch auf die Interesselosigkeit eines großen Teils der Arbeiterschaft zurückzuführen. Wir sind aber der festen Überzeugung, daß diese maßlose Verfolgungswut der Firma, die un-menschlichen Schikane gerode unserer Vertrauensmänner und unserer Organisation, so manchem Arbeiter zu denken geben werden. Umsonst trachtet die Firma Hüdel nicht die Organisation der Arbeiter unmöglich zu machen und umsonst fragt Herr Hüdel nicht schmeichlich nach den Vertretern der christlichen Organisation, wenn diese bei Verhandlungen nicht anwesend sind, wie es erst vor einigen Tagen bei den Lohnverhandlungen der Fall war. Natürlich sind auch jetzt wieder die christl.-soz. Betriebsausschussmitglieder auf Seite der Firma — und von Arbeitern wurden sie als Vertrauensmänner gewählt. Den Hüdel's aber sagen wir nochmals, wenn Sozialistengesetze es nicht vermöchten, wenn Kerker und Galgen es nicht fertig brachten, die Arbeiterschaft dauernd niederzuhalten, wenn sie trotz aller Verfolgungen immer stärker und mächtiger wurde und sogar bei Hüdel festen Fuß fähte, so fürchten wir auch die Macht des Geldsacks nicht, obwohl wir besonders die Macht des Hüdel'schen Geldsacks nicht unterschätzen. Wir sind im Gegenteil der festen Überzeugung, daß der von der Firma angeführte Zwang in kurzer Zeit in das Gegenteil umschlagen wird.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Zw. Frank	0'17.25
Berlin	Mark	157.60
Wien	Schek. Kr.	2340.00

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1238.00	1242.00
100 Mar.	0'55.00	0'75.00
100 schwed. Frank	574.50	577.50
10 Lire	132.75	134.25
100 franz. Frank	220.75	222.25
1 Pfund Sterling	149.57	152.37
1 Dollar	31'70.00	32'10.00
100 belg. Frank	203.00	205.00
100 Dinar	51.87	51.87
100 österr. Kronen	0'0355.00	0'0455.00
100 poln. Mark	0'16.50	0'26.50
100 maghar. Kronen	1'21.00	1'31.00

Züricher Schlusskurie.

Berlin	0'11.37	Paris	38'20.00
Wien	0'000.71	Mailand	23'60.00
Prag	17.25	Brüssel	0'22.00
Holland	216.00	Atam	2'22.00
New York	5'48.00	Warschau	0'04.00
London	24'35.00	Wien sch.	0'00.77

Kunst und Wissen.

Max Schilling als Gast des Deutschen Theaters. Nicht der Konzertdirigent, sondern der Opernkompontist und erfahrene Berliner Staatstheaterleiter sollte Dienstag zu Wort kommen. Zu diesem Zweck konnte am deutschen Theater nur seine „Mona Lisa“ gegeben werden. Man war gespannt, dieses packende, nervenerschütternde Werk unter persönlicher Leitung des Komponisten, zu hören, umso mehr, als für die beiden Hauptpartien hervorragende Vertreter gewonnen wurden und somit alle Bedingungen für eine glänzende Aufführung gegeben waren. Die großen Erwartungen haben sich auch voll erfüllt. Es war wirklich ein Genuss, dieses, im guten Sinne des Wortes spannende dramatische Werk unter der Leitung des Tonleiters zu erleben, der, abhold aller Genialitätsposen, es versteht, seine künstlerischen Absichten mit überlegener Ruhe darzustellen, Orchester und Publikum anzuzwingen, Scharfem in Kraft, Aufregung und Tempoeigerung, erzielte er mit dieser Oekonomie umso mächtigere Wirkung der Höhepunkte und eine reizvolle charakteristische Grundstimmung. Unter der Oberfläche garte und lodete es dafür, das recht dramatische innerliche Werden von Sünde, Sühne, Rache umso fesselnder illustrierend. Auch was Barbara Kemp aus der — ihrer Eigenart im Grunde weniger gerechten — Partie der unglücklichen schönen Fioridalla zu machen weiß, ist erstaunlich. Die Meise der Leidenschaftslosigkeit wirkt bei ihr trotz fast bildhafter Ruhe in Vortrag und Spiel un-

Bio-Programm vom 3. November bis 10. November.

1046	LIDO-BIO	Das Kind des Ghetto. Dvorak's Humoreske. Drama aus dem Leben in 6 Akten. Turn- und Sportübungen deutscher Arbeiter in Leipzig 1922.
1125	ILLUSION	Der Liebling aller. (Zwei Waisen.) Drama. Das Geld seiner Frau. Drama. Kindern ist der Eintritt gestattet.
1071	SANSSOUCI	„Fairbank's Sanatorium.“ Amerikanisches Lustspiel mit dem „Großen Dougo“. II. Teil. „Hygiene der Ehe.“ Vorrede und 4 Akte

Pianino 1164
von hervorragender Klang-
fülle und Tonhöflichkeit zu
verkaufen. Jos. Widner,
Kesterei, Weg. Aulitz.
**Inszerieren Sie im
Sozialdemokrat!**

endlich vielsagend, der fast keine Worte findende Schmerz ergreifend, die Luft an bestialischer Rache gläubhaft. In Theodor Scheidl, einem Söldnerbariton der Berliner Staatsoper, der Lissa Chetranzen Francoso gab, lernte man einen sehr interessanten Sänger und Darsteller kennen, der das Herausarbeiten der triebhaft wirkenden Leidenschaft treulich versteht und ihm alle Mittel dienbar macht, keine große ausgeglichene Stimme, ein glänzende Deklamation, temperamentvolles, (im Gegensatz zur Kemp) ganz natürliches, unstilliertes Spiel und große Routine. Einen sehr guten Abend hatten Herr Nachod als Giovanni und Fräulein Dnesen als Mona Ginevra.
Dr. F. R.

Neues Theater. Heute, den 3.: „Bajadere“; Samstag, den 4.: „Der Barbier von Bagdad“; 10 Uhr nachts „Mosa Altschul“ (Gastspiel Gisela Werbezirt). Sonntag, 5 Uhr nachm.: „Tanz ins Glück“, abends „Meisterfinger“ (Gastspiel Bohnen).

Kleine Bühne. Samstag, den 4.: „Schöne Scelen“, „Braubach“, „In Ewigkeit Amen“; Sonntag, den 5.: nachm. „Mosa Altschul“ (Gastspiel Gisela Werbezirt), abends „Frau Lehengrin“ (Premiere mit Gisela Werbezirt).

Aus der Partei.

Die Bildungsarbeit im Bezirke Zug.

Der Bezirksbildungsausschuss der Partei veranstaltet einen Funktionärskurs. Der Kurs beginnt am 5. November und wird jeden Sonntag vormittag von 9 bis einhalb 12 Uhr bis zum 17. Dezember fortgesetzt. Vorgelesen wird über: Volkswirtschaft, Gewerkschaft, Politik, Sozialversicherung, Genossenschaftswesen. — Um die Bibliothekare unserer Büchereien im Bezirke zu schulen, findet Sonntag, den 7. und Sonntag, den 14. Jänner 1923 unter der Leitung des Genossen Rüdiger ein Bibliothekarskurs statt, in welchem die Bibliothekare zur Führung der Bibliotheken nach einem Einheits-system belehrt werden. — Das Frauenbezirkskomitee veranstaltet an vier Sonntagen, vom 5. bis 26. November, einen Funktionärskurs. Dieser Kurs soll zur Schulung der Funktionärinnen im Bezirke beitragen. — Der Bezirksbildungsausschuss veranstaltet einen Kurs für unsere Gemeindevertreter, der sechs Sonntage dauern wird. Der Kurs beginnt am Sonntag, den 21. Jänner 1923 und endet am 25. Jänner. — Damit unseren Genossen und Genossinnen Gelegenheit geboten wird, zu Weihnachten ihren Angehörigen gute Bücher als Geschenk zu kaufen, werden in einer Reihe von Ortschaften im Bezirke zu Weihnachten Bücher ausstellungen durchgeführt. — Im Monat Jänner 1923 veranstaltet der Bezirksbildungsausschuss in 14 Ortschaften des Bezirkes Vorträge mit Lichtbildern für Kinder und für Erwachsene. — Durch Vorträge über den Sozialismus, sowie durch wissenschaftliche Vorträge mit Lichtbildern wird versucht, das Wissen der Arbeiterschaft im Bezirke zu fördern.

Erklärung!

Ich erkläre hiemit, daß die Gerüchte, welche ich über Herrn Josef Lösch als Kaiser der Konsum- und Spargenossenschaft in Grottschau verbreitete, un wahr sind und ich ihm keine wie immer unehren-hafte Handlung als Kaiser nachweisen kann. Ich denke, daß Herr Josef Lösch von einer gerichtlichen Abhandlung Abstand nimmt und leiste auf diesem Wege öffentliche Abbitte.
Franz Sattler,
Telnitz Nr. 22.

Wo verkehren wir?

- Café Continental, 106 Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, 108 Prag-Metazanta.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smecchy 22 (Urania). 1060

Café „Nizza“
Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich 12 PRAG II., Hybernská
Konzert. Nr. 7.

Restaurant SKVOR. Weinbergo.
Rubeisgasse 7. 1063
Zusammenkunft jeden Donnerstag. 1063
Teplitz-Schönau. 1163

CAFÉ EUROPE Bahnhof-
straße.
WARENHAUS
PRAG II.,
HYBERNSKÁ UL. 7.
hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche,
Gummimäntel, Kravatten, Schuhe und
alle sonstigen einschlägigen Artikel
in unerreicht billigen Preisen!

Bezirkskonferenz Landskron. Am Sonntag, den 20. Oktober l. J. fand in Landskron eine Bezirkskonferenz statt, die von 65 Vertretern der Lokalorganisationen der Kreiskomitee und der Gewerkschaften besucht war. Bezirksvertreterin Genoffe Jilner eröffnete die Konferenz, worauf Bezirkssekretär Genoffe Liebig den Tätigkeitsbericht erstattete, aus dem zu ersehen war, daß auch in den Sommermonaten die Agitations- und Versammlungstätigkeit nicht geruht hat und daß in den einzelnen Orten Erfolge zu verzeichnen sind. Darauf sprach Abg. Genoffe Peeger, der die bestehende Wirtschaftskrise, deren Ursachen und Folgen für die Arbeiterschaft schilderte. In der Form des Lohnabbaues gehe der Staat den Unternehmern wegwiegend voran. Der geschlossenen Front der Unternehmern muß die Arbeiterschaft die geschlossene Front des Proletariats aller Nationen entgegenstellen, denn nur der Zusammenfluß des gesamten Proletariats auf internationaler Grundlage kann zum Siege führen. — Reicher Beifall bewies das Verständnis der Versammelten für die Ausführungen des Redners. Einige sodann vorgelegte Resolutionsanträge fanden einstimmige Annahme und wurden an die betreffenden Instanzen weitergeleitet. Ueber „Organisation und Presse“ sprach Genoffe Koller. Er besprach die bestehenden Organisationsformen und den umfangreichen Presseapparat und empfahl Vereinheitlichung in dieser Hinsicht. Seine diesbezüglichen Anträge fanden nach einer regen Wechselrede einstimmige Annahme. Genoffe Liebig besprach zum Schlusse des Bildungswesens und dessen Mängel und stellte entsprechende Anträge, die einstimmig angenommen wurden. Nach der Wahl eines Bezirksbildungsausschusses, der sofort in Funktion tritt, und nach Erledigung interner Organisationsangelegenheiten schloß Genoffe Jilner die anregend verlaufene Tagung.

Turnen und Sport.

Wettspiele in Prag. Samstag: Meteor VIII gegen Slavoj VII. Nichtle gegen Union VII. Meteor Vesovic gegen Olympia Ruffe. — Sonntag: Polat-Gemifinale: A. C. Svarta gegen Elavia am Spartaplay. Meisterschaft: Viktoria Žilov gegen Krocblav. Freundschaftsspiele: DFC. gegen MFC, Aft. Svovice gegen Ruselsty EA, SK. Liben gegen Sparta Rostle, Smichov gegen Meteor VIII.

Die Wiener Meisterschaft. (Mittwoch.) Rapid gegen Slavak 3:2 (1:1). Große Kravalle während des Spieles, das auf dem Hakoahplay in der Kriau stattfand. Der gebotene Sport war minderwertig. Bei Rapid Uridil sehr gut. 25 000 Zuschauer. Schiedsrichter Schmoch. — 2. Klasse. Bewegung XX. gegen Phönixia 5:3; Simmeringer Sp. B. gegen Nicholson 1:0 Nachtragsspiel. Schlussstand 2:1.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Wirtschafts-
Selze
von Kč 300'—
Stadt-
Selze
von Kč 2.500'—
Reise- u. Chauffeur-
Selze
von Kč 1.000'—
Leder-
Selze
von Kč 950'—
Leder-
Selze
Rüde von Kč 500'—
Leder-
Selze
Bredes v. Kč 300'—
Leder-
Selze
Automäntel von
Kč 1900'—
Leder-
Kanzschuhe, Kap-
pen, Stutzen, Reise-
artikel, Kinder Klei-
der
Fliegerfellhosen
von Kč 220'—
Konfektionshaus
Sigm. Stránský
Prag, Hybernská. 1140